

Metall-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis pro Quartal 80 J. Zu beziehen durch alle Post-Anstalten.

Nürnberg, 4. März 1899.

Inserate die dreispaltige Betzelle oder deren Raum 80 J. Redaktion und Expedition: Nürnberg, Weigenstraße Nr. 12.

Inhalt: An die im D. M.-V. organisierten Formier-, Metallgießer und Gießereihilfsarbeiter. — Die Konzentration des Kapitals im Jahre 1898. — Vorschläge zur Einführung eines sanitären Maximalarbeitstages in der Metall- und Maschinenindustrie. — Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Königsberg in Pr. III. — Arbeitslosenunterstützung. — Zur Frage der Arbeitslosenunterstützung. — Meinungsaustrausch über Jant? — Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung des Vorstandes. — Korrespondenzen. — Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter: Abrechnung der Hauptkasse pro Januar 1899. — Rundschau.

Zur Beachtung.

Zug ist fernhalten:

- von Drehern nach Altenburg (B. Beckstein); von Drehern, Hoblern und Schlossern nach Dresden (Fischer & Wünsch) Str.; von Fahrradarbeitern nach Freiburg i. S.; von Feilenbauern u. nach Frankenthal und Speyer, nach Halle a. S. (Ummendorfer Feilen- u. Maschinenfabrik); von Feilenhelfern nach Leipzig (Kästner) Str.; von Formern nach Alt- und Neugersdorf (Oberlausitzer Eisenwerkerei Thiele & Lindner) Str., nach Nöbeln (Maschinenfabrik F. Haase) Str., nach Dortmund (Weißner), nach Nirdrichsdorf b. Kiel (Hornwald's Werke) Str.; nach Halle a. S. (Wälschdorf (Jakobi), nach Landhammer W., nach Nürnberg (Schudert) Str., nach Stavanger in Norwegen (Stavanger Eisberg & Dos) Str.; von Klempnern nach Bala a. Rh. (Berghausen-Andreas-Kloster) A.; von Metallarbeitern nach Baden, Schweiz (Brown, Boveri & Co.) Str., nach Pöschel (Camillo Walther); von Nautischen Instrumentenmachern, Mechanikern u. nach Christiania (Norwegen), (Optiker J. C. Krohn); von Polirern nach Gabeln (Niemann); von Heizzeugmachern nach Nürnberg (Edert & Sohn) D.; von Schlossern u. Schmieden nach Jyho (W. Wessel) A. (Die mit St. bezeichneten Orte sind Streifgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streik in Aussicht; U.: Lockbewegung; A.: Aussperrung; D.: Differenzen; W.: Maßregelung; R.: Lohn- oder Akkord-Reduktion.)

An die im D. M.-V. organisierten Formier-, Metallgießer und Gießereihilfsarbeiter.

Nach Drucklegung unserer in Nr. 5 d. Btg. enthaltenen Erklärung vom 28. Januar ging uns unterm 31. Januar von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands die Nachricht zu, daß die Leipziger Formier bei uns anfragen ließen, ob wir bereit seien, an einer Konferenz auf der Grundlage folgender Vorschläge teilzunehmen:

- 1) Schaffung einer Formierorganisation Deutschlands als Zweigverein des D. M.-V. Derselbe (Zweigverein) soll mit weitgehendster Autonomie, Selbstverwaltung und Selbstbestimmung ausgestattet sein. 2) Eine eigene Formierzeitung.

Wenn schon die auf Abschluß eines Kartellvertrages abzielenden Vorschläge für uns unannehmbar, so war es mit diesen Vorschlägen noch in viel höherem Maße der Fall und teilten wir dies auch der Generalkommission mit. Gleichzeitig regten wir an, ob nicht die Generalkommission insofern vermittelnd eingreifen wolle, indem sie den Antragstellern zu verstehen gebe, daß nur dann die Erzielung einer Einigung denkbar sei, wenn die Vorschläge maßvoll und die der anderen Organisation gemachten Zumuthungen nicht zu weitgehend seien. Denn ebenso wenig wie wir dem B. d. F. ein bedingungsloses Aufgehen in unserem Verband zumuthen dürften, könnte uns ein Aufgehen unserer Organisation nach den Leipziger Vorschlägen im B. d. F. billigerweise zugemuthet werden.

Die Generalkommission glaubte die Erzielung eines derartigen Rathes an die Antragsteller mit ihrer Vermittlerrolle nicht vereinbaren zu können, lehnte unsere Anregung ab und theilte dem Vorstand des B. d. F. mit, daß wir eine Theilnahme an der Konferenz auf der von den Leipziger Formiern vorgeschlagenen Grundlage abgelehnt hätten.

Da uns nun daran lag, zu erfahren, ob und wie weit die Leitung des Zentralvereins der Formier bereit wäre, uns entgegenzukommen, und um weiteren aussichtslosen Versuchen und Anträgen zu begegnen, nahmen wir die Sache selbst in die Hand und ließen durch die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands direkt beim Vorstand des Zentralvereins der Formier anfragen, ob...

der Vorstand des Zentralvereins der Formier bereit sei, mit uns auf der von uns in Nr. 5 d. Btg. veröffentlichten Grundlage in Unterhandlung zu treten. Daraufhin wurde uns von der Generalkommission folgende Antwort des Vorstandes des B. d. F. übermittelt: Lübeck, 21./2. 99.

„Da die vom Vorstand des D. M.-V. angeführte Grundlage eine Einigung nur unter Verschmelzung des Zentralvereins der Formier mit dem M.-V. zuläßt, so sehen wir uns gezwungen, auf die Theilnahme an den geplanten Unterhandlungen zu verzichten. Nähere Begründung folgt in Nr. 8 des „Glück Auf“. Die „Begründung“ dieser Ablehnung in Nr. 8 des „Glück Auf“ geht nun dahin, daß der Vorstand des B. d. F. auf den von Seiten der Leipziger Formier gemachten Vorschlägen verharren müßte, um so mehr, als aus der unserem Vorschläge vorausgehenden Erklärung (in Nr. 5 der „D. M. Btg.“) zu entnehmen sei, daß jegliche Unterhandlung nutzlos sei und der Vorstand des B. d. F. nicht befugt sei, über die Köpfe seiner Mitglieder hinweg eine bindende Erklärung für eine eventuelle Verschmelzung beider Organisationen, sowie Aufgeben des „Glück Auf“ abzugeben. Da aber, wie dem Vorstand des Zentralvereins von Seiten Braunschweigs mitgetheilt wird, der Formertag unwiderruflich am 3. April in Gotha zusammengetreten wird, überläßt es der Vorstand des B. d. F. diesem, als der kompetentesten Behörde in dieser für die Formier gewiß wichtigsten Frage zu beschließen.“

Wir haben zu dieser Erklärung des Vorstandes des B. d. Formier nicht viel zu bemerken. Sie klärt die Situation vollständig und wird auch denjenigen unserer Mitglieder, die sich über die „Vereinigungsbestrebungen“ des Zentralvereins noch irgendwelchen Illusionen hingaben, darüber die Augen öffnen, wie weit man noch von einer Vereinigung beider Organisationen entfernt ist.

Wenngleich durch die oben erwähnte Antwort des Vorstandes des B. d. F. die Vereinigungsfrage für absehbare Zeit erledigt ist, so erachten wir es dennoch für unsere Pflicht, diese Angelegenheit auf unserer nächsten Generalversammlung durch Erweiterung der Tagesordnung zur Sprache zu bringen und die Generalversammlung zur Stellungnahme zu veranlassen. Wir sind nämlich, entgegen der Anschauung des Vorstandes des B. d. F., der Meinung, daß für unsere Mitglieder lediglich unsere Verbands-Generalversammlung, nicht aber ein von beliebiger Seite einberufener Formertag die kompetenteste Behörde ist. Nur unsere Generalversammlung kann uns vorschreiben, auf welcher Grundlage wir eine Vereinigung anstreben müssen, dem projektirten Formertag jedoch fehlt dazu jede Legitimation.

Aus diesem Grunde, und weil der Formertag ohne Rücksicht auf die gleichzeitig stattfindende Generalversammlung auf den 3. April einberufen worden, halten wir denselben für vollständig verfehlt, das dafür aufgewendete Geld für zum Fenster hinausgeworfen und empfehlen allen im Deutschen Metallarbeiterverband organisierten Formiern, Metallgießern und Gießereihilfsarbeitern, den auf den 3. April 1899 nach Gotha einberufenen Formertag nicht zu besuchen. Stuttgart, den 24. Februar 1899.

Der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Die Konzentration des Kapitals im Jahre 1898.

„Am Ende unseres Jahrhunderts verschärfen sich die nationalen, wirtschaftlichen und sozialen Gegensätze. Wohin man blickt, sieht man ein gewaltiges Drängen und Drängen nach politischen und wirtschaftlichen Erfolgen, überall ein Vorwärtshasten in eifrigem Wettbewerb, bei dem das Recht des Stärkeren rücksichtslos zur Geltung gebracht wird... Auch für Deutschland ist die Erschließung neuer Absatzgebiete für unsere wachsende Industrie eine Nothwendigkeit geworden, da der unaufhaltbare Prozeß, aus dem sich Deutschland aus einem Ackerbauhaat in einen Industriestaat entwickelt, weitere kräftige Fortschritte gemacht hat. Das sucht man auf agrarischer Seite zu negiren, so daß sich auch auf diesem Gebiete die Gegensätze verschärfen haben und heftiger als je der Kampf zwischen Schutzzoll und Freihandel geführt wird.“ Mit diesen Sätzen leitet die „Frei. Btg.“ ihre Rückblicke auf das Börsenjahr 1898 ein, in denen

ein gebrängter Ueberblick über alle wichtigen politischen und wirtschaftlichen Vorgänge und ihrer Folgen gegeben wird.

Wir wollen uns hier nur mit den wirtschaftlichen Verhältnissen beschäftigen und zeigen, wie ihre Gegensätze sich weiter verschärfen, die Entwicklung zum Groß- und Riesennetrieb sowie die Konzentration des Kapitals weitere Fortschritte gemacht haben. Die Gründungen und Emissionen waren so stark, wie seit langer Zeit nicht und zwar handelte es sich dabei ebensowohl um die Ausgabe neuer Wertpapiere, wie um die Kapitalserhöhung bestehender Gesellschaften. Im ersten Halbjahr 1898 stieg der Kurswerth der im Nominalbetrage von 856 Millionen Mark an die Börse gebrachten neuen Papiere auf 1532 Millionen, wovon 274 Millionen auf Industriepapiere entfielen. Im zweiten Semester betrug der Nominalwerth der neu eingeführten Papiere 1017 Millionen und der Kurswerth 1135 Millionen, wovon 121 auf die Industrie entfielen. Im ganzen Jahre wurden für 2697,27 Millionen Mark Aktien und Obligationen emittirt. Ein Vergleich der bezüglichen Zahlen aus früheren Jahren läßt die beispiellose wirtschaftliche Prosperität Deutschlands genau erkennen. Es wurden emittirt:

Table with 4 columns: Jahr, Insgesamt, Aktien, Obligationen. Rows for years 1898, 1897, 1896, 1895, 1894.

Insgesamt wurden in 5 Jahren 9600 Millionen Mark Aktien und Obligationen emittirt, rund 10 Milliarden. Deutlich erkennbar ist die von 1895 auf 1896 eingetretene wirtschaftliche Besserung, sowie die weitere erhebliche Steigerung im verfloßenen Jahre gegenüber 1897. Von den 9600 Millionen entfallen allein 1391 auf die Industrie, im Jahre 1898 476,78 Millionen.

In England betrug die Summe der Emissionen 1898 2984,30 Millionen Mark, 1897: 3145,80, 1896: 3056,20, 1895: 2093,80, 1894: 1836,80 1893: 982,80 Millionen Mark. Auch hier sehen wir eine fortwährende Steigerung der Emission von Jahr zu Jahr, besonders bedeutend von 1893 auf 1894, wo fast eine Verdoppelung eintrat und sodann von 1895 auf 1896, während 1898 gegenüber 1897 eine Reduktion stattfand. In Frankreich betrug die Emissionen 1898: 1332 Millionen Franken (gleich 1064 Millionen Mark), 1897: 451, 1896: 1004 und 1895: 1000 (800 Millionen Mark) Millionen Franken. Es blieb demnach im vorigen Jahre wie auch in den früheren Jahren weit hinter Deutschland zurück.

In Uebereinstimmung mit den Emissionen war die Zahl der Gründungen eine außergewöhnlich große. Nur einmal im letzten Jahrzehnt, nämlich im Jahre 1889 war die Zahl der neu errichteten Gesellschaften größer als 1898, dagegen war die Kapitalsumme im vorigen Jahre am höchsten. Eine Uebersicht über die deutsche Gründberthätigkeit im letzten Jahrzehnt ergibt folgende Verhältnisse:

Table with 4 columns: Jahr, Zahl der Gründungen, Summe des Aktienkapitals, Durchschnittl. entfall auf jede Gesellschaft. Rows for years 1898, 1897, 1896, 1895, 1894, 1893, 1892, 1891, 1890, 1889.

Gegenüber 1897 ist die Zahl der 1898 neu gegründeten Gesellschaften als auch die Summe des Aktienkapitals bedeutend höher, nämlich um 75 resp. um 83,1 Millionen Mark; gegenüber 1889 um 31 weniger resp. 61,1 Millionen Mark mehr. Beide höher waren im Jahre 1872, wo die Zahl der Gründungen 479 und die Aktiensumme 1477,7 Millionen Mark betrug. Der 1895 eingetretene wirtschaftliche Aufschwung und seine Neubelebung der Gründertätigkeit ist aus der Tabelle klar zu erkennen. Den größten Anteil an der Kapitalsumme von 1898 haben 23 Eisenbahnen (Klein- und Lokalbahnen) mit 78,18 Millionen, sodann 53 Metallverarbeitungs- und Maschinenbau-Gesellschaften mit 68,65 Millionen, 17 Banken mit 62,60, 36 Elektrizitätsgesellschaften mit 46,55, 14 Bergbau-, Hütten- und Salinengesellschaften mit 29,90 Millionen Mark usw.

Im Einzelnen gestaltete sich die Gründungstätigkeit in der Metall- und Maschinen-Industrie folgendermaßen: Es wurden neu gegründet die Motorfahrzeug- und Motorenfabrik Berlin Akt.-Ges. mit 2 Millionen Mark Grundkapital; Neue deutsche Stahlwerke, Akt.-Ges. in Charlottenburg mit 1,200,000 Mark; Akt.-Ges. Maschinenfabrik und Mühlenbauanstalt Luther in Braunschweig mit 5 Mill.; Haag, Maschinen- und Röhrenfabrik Akt.-Ges. in Augsburg mit 1,200,000 M.; Deutsch-Amerikanische Werkzeugmaschinenfabrik vorm. Krebs in Halle a. S. mit 1 Mill.; Deutsche Babcock- und Wilcox-Dampfesselwerke, Akt.-Ges. in Berlin mit 2 Mill.; Telephonfabrik Berliner in Hannover mit 1 Mill.; Langsieder Walzwerk und Verzintereien, Akt.-Ges. in Langsiede mit 1 Mill.; Wernather Maschinenfabrik, Akt.-Ges. in Wernath mit 1 1/2 Mill.; Press- und Walzwerk (für schwere Hohlkörper in Reihholz bei Düsseldorf mit 4 Mill.; Munitions- und Waffenfabrik Schmeerda vorm. Dreys mit 1,6 Mill.; Neuburgs Maschinenfabrik, Akt.-Ges. Köln mit 500,000 M.; Stod u. Cie., Stabelfabrik, Akt.-Ges. in Berlin mit 1 Mill.; Akt.-Ges., Fabrik für Brauerei-Einrichtungen vorm. Gehre u. Cie. in Berlin mit 1 Mill.; Kölner Eisenröhren- und Bleiwalzwerke, Akt.-Ges. in Köln-Ehrenfeld mit 1 1/2 Mill.; Eisen- und Stahlwerk Bethlen-Solva, Schwientochlowitz mit 6 1/2 Mill.; Vereinigte Schmirgel- und Maschinenfabriken, Akt.-Ges. vorm. Oppenheim u. Cie. und Schlefinger u. Cie. in Hannover mit 2 3/4 Mill.; Norddeutsche Munitionsfabrik Schnebeck a. E., Akt.-Ges. Gr.-Salze mit 1 Mill.; Armaturen-Fabrik und Alexander-Fahrradwerk, Akt.-Ges. vorm. Jacobi in Brandenburg mit 1/2 Mill.; Oskar Falbe, Akt.-Ges. in Berlin mit 1 Mill. (Bronze- und Metallwaaren); Albert Feska u. Cie., Maschinenfabrik und Eisengießerei, Akt.-Ges. in Berlin mit 1,4 Mill.; Kunstliche Montanindustrie-Akt.-Ges. in Berlin mit 2 Mill.; Gasmaschinenfabrik in Amberg mit 300,000 M.; Dresdener Bohrmaschinenfabrik, Akt.-Ges. vorm. Fischer u. Wünsch in Dresden mit 800,000 M. In der Gründung begriffen war gegen Ende des Jahres eine Aktiengesellschaft mit 2 Millionen zur Uebernahme der Firma Freudenstein u. Cie in Berlin, welche eine umfangreiche Fabrik für Eisenbahnmateriale betreibt und in Tempelhof bei Berlin, Dortmund, Köln, Hamburg, Leipzig, Breslau, Königsberg, Wien, Haag, Stockholm, London und Bukarest Filialen hat; ferner die Errichtung einer Schiffswerft in Bismar (Mecklenburg); die Umwandlung der Harzer Stanzwerke in Thale in eine Akt.-Ges. mit 10 Millionen; die Gründung einer Waggonfabrik, Akt.-Ges. in Frankfurt a. M. mit 1,600,000 M.; die Gründung einer Gußstahlfabrik, Akt.-Ges. mit 600,000 M. in Mannheim und die Gründung einer Industrie-Elektrizitäts-Ges. (Umwandlung der Elektromotor-Gesellschaft) in Berlin mit 2 Millionen Mark usw.

Eine große Anzahl von Aktienunternehmungen der Metall- und Maschinenindustrie hat ihre Kapitalien schätzbar Erweiterung der Anlagen und Vermehrung der Betriebsmittel erhöht. Es seien deren erwähnt: Blechwalzwerke Schulz-Schmidt Akt.-Ges. in Essen von 4 auf 5 Mill.; Eisenwerke Hirzenhain und Lollar von 2 1/4 auf 3 1/4 Mill.; Fabrik photographischer Apparate auf Aktien vorm. Hütinger u. Sohn in Dresden von 750,000 auf 1,050,000 M.; Köstner'scher Maschinenfabrik von 1 auf 1 1/4 Mill.; Linde'scher Eisen- und Stahlwerke, Akt.-Ges. von 500,000 auf 700,000 M.; Waggonfabrik Akt.-Ges. in Köln-Ehrenfeld von 2 Mill. 220,000 M. auf 3 Mill.; Westfälische Stahlwerke Bochum von 4 auf 5 1/2 Mill.; Akt.-Ges. für Eisenindustrie und Brückenbau vorm. Harfort, Duisburg, von 3 auf 4 1/2 Mill.; Deutsch-Amerikanische Maschinen-Gesellschaft in Frankfurt a. M. von 920,000 auf 1,100,000 M.; Ber. Sommer'sche Eisengießerei und Halle'sche Maschinenbauanstalt von 2,100,000 M. auf 4 Mill.; Maschinen- und Armaturenfabrik vorm. Klein,

Schanzlin und Beder in Frankenthal von 1 1/2 auf 1,8 Mill.; Eisenwerk Rother Erde in Dortmund von 600,000 auf 1,200,000 M.; Berliner Maschinenbau-Akt.-Ges. vorm. Schwarztopf in Berlin von 7 Mill. 200,000 M. auf 10 Mill. 800,000 M.; Riebeck'sche Montanwerke in Halle a. S. von 10 auf 12 Mill.; Rheinische Metallwaaren- und Maschinenfabrik in Düsseldorf um 2,150,000 M.; Maschinenbauanstalt und Eisengießerei vorm. Föhrer, Cassen i. d. Sauffitz von 2,100,000 auf 3 Mill.; Sieg-Rheinische Hütten-Akt.-Ges. Friedrich Wilhelmshütte a. d. Sieg von 2 Mill. auf 2 Mill. 600,000 M.; Maschinenbauanstalt Humboldt in Kalk bei Köln von 3,6 auf 5,4 Mill.; Maschinen- und Armaturenfabrik vorm. Breuer u. Cie. in Höchst a. M. von 1 1/2 auf 2,1 Mill.; Westdeutsche Eisenwerks-Gesellschaft in Gelsenkirchen um 1 auf 1 1/2 Mill.; Annener Gußstahlwerk Akt.-Ges. in Annen von 1,075,000 auf 1 1/2 Mill. Das Baroper Walzwerk und die Weimarer Waggonfabrik haben Anleihen von je 500,000 M. aufgenommen.

Eine ganze Reihe von Unternehmungen sind mit einander zu einem großen Unternehmen verschmolzen worden. Es sei da zunächst an die Vereinigung der Maschinenfabrik Augsburg mit 6,170,000 M. Grundkapital mit der Maschinenbau-Gesellschaft Nürnberg, welche 1,800,000 M. Grundkapital hatte, erinnert. Die letztere beschäftigte in Nürnberg und Guf'absburg zusammen etwa 5500 Personen und hatte für 34 Millionen Mark Aufträge vorliegen, welche für etwa zwei Jahre Beschäftigung gewähren. Die Gründe für die Verschmelzung der beiden Hüttenbetriebe lagen in der gegenseitigen empfindlichen Konkurrenz, die beseitigt werden sollte und nun wohl auch beseitigt ist, ferner in der Eintheilung der bezüglichen Geschäftszweige, gegenseitige Verwendung des vorhandenen geschulten Personals und gemeinschaftliche Materialbeschaffung. Das Grundkapital der Ver. Maschinenfabrik Augsburg und Maschinenbau-Gesellschaft Nürnberg, Akt.-Ges. in Nürnberg beträgt rund 10 Mill. Mark. In München fusionierten die Eisenwerke vorm. Kiefling u. Morabelli mit zusammen 1 1/2 Millionen. In Wiesbaden vereinigten sich die Maschinenfabriken von Kalkbrenner u. Philippi mit 1,420,000 M. Die Aktiengesellschaft für Feld- und Kleinbahnenbedarf vorm. Drenstein u. Koppel in Berlin kaufte die Märkische Lokomotivfabrik in Schlachtensee; das Grundkapital wurde in Folge dessen von 4 auf 8 Millionen Mark erhöht usw.

Das Jahr 1898 war für die deutsche Metall- und Maschinenindustrie ein sehr ereignisreiches und wichtiges Jahr, der Großbetrieb hat riesige Fortschritte gemacht und die Unternehmer haben dabei riesige Gewinne erzielt, worüber wir noch Näheres mittheilen werden. Im Uebrigen zeigen die Emissionen und Gründungen, um wie viel Deutschland im verfloßenen Jahre auf dem Wege des Industriestaates wieder fortgeschritten ist. Und gleichzeitig sind die Zwangsummungen ins Leben getreten — welche köstliche Ironie für die „Mittelstands“-Politik!

Vorschläge zur Einführung eines sanitären Maximalarbeitstages in der Metall- und Maschinenindustrie.

Die vor Kurzem erschienenen „Amtlichen Mittheilungen aus den Jahresberichten der Gewerberäthe für 1897“ bringen endlich die erwünschte Zusammenstellung der in den Einzelberichten enthaltenen Gutachten zu Gunsten der gesetzlichen Arbeitsregelung in besonders gesundheitsgefährlichen Berufen. Danach haben von den 72 Aufsichtsbeamten (für 76 Bezirke) 54 Beamte sanitäre Reformen empfohlen, die 126 Einzelberichte, bezw. Theilarbeitsbranchen umfassen; außerdem wurden 8 Mal allgemeine Reformen und 3 Mal solche zu Gunsten einer ganzen Industriebranche vorgeschlagen. Diese Reformen betreffen: 1 1/2-5stündige Beschäftigung (Summarbeiter) 4 Beamte; 6stünd. Maximalarbeitstag (von 3 Beamten) für 10 Bezirke; 8stünd. Maximalarbeitstag (von 12 Beamten) für 28 Bezirke; 8 1/2stünd. Maximalarbeitstag (von 1 Beamten) für 1 Bezirk; 9stünd. Maximalarbeitstag (von 3 Beamten) für 5 Bezirke; 10stünd. Max.-Arb. (von 9 Beamten) in 28 Bezirken; sowie speziell für Arbeiterinnen (von 3 Beamten in 5 Bezirken und nur für Jugendliche im gesamten Handwerk (von 1 Beamten). 11stündigen Max.-Arb. befürworteten 7 Beamte für 14 Bezirke, sowie nur für Arbeiterinnen (4 Beamte) für 3 Bezirke und für Jugendliche (2 Beamte) für 4 Bezirke; außerdem empfehlen denselben 2 Beamte ganz allgemein, bezw. für das gesamte Handwerk. Der 11 1/2stünd. Maximalarbeitstag wird für 1 Bezirk (von 1 Beamten), der 12stündige (von 14 Beamten) für 20 Bezirke, sowie ein Mal für die ganze Nahrungsmittelindustrie und ein Mal für alle Kohlenbetriebe empfohlen. Es folgen der 13stünd. Max.-Arbeitstag (von 1 Beamten) für 1 Bezirk, der 14stünd. (von 3 Beamten) für 2 Bezirke, sowie ein Mal als allgemeine Reform und der 16stünd. Max.-Arb. (von 1 Beamten) für Bieglar. Sodann verlangten 14 Beamte für 49 Bezirke einen Maximalarbeitstag ohne bestimmte Vorschläge hinsichtlich der Dauer zu machen; 5 Beamte verlangen um andere Reformen (Pausenregelung, Anschluß Jugendlicher, spezielle Schutzvorschriften) für 23 Bezirke und 8 Beamte ebensolche in allgemeinem Sinne.

Welche große Rolle bei den Vorschlägen des Tempera-

ment der Aufsichtsbeamten spielt, beweist nicht bloß die Verschiedenheit der Zahl der von denselben gemachten Vorschläge, sondern auch die Verschiedenheit ihrer Tragweite. Während 18 Beamte keinen einzigen Verus einer Arbeitsregelung für bedürftig erachteten, obwohl sie übermäßige Arbeitszeit und hygienische Mißstände zugeben, so machten der Potsdamer Beamte Vorschläge für 40 Bezirke, Neuß j. L. für 39, Hessen II für 23, Oberbayern für 22, und Hessen I für 18 Bezirke. Während der westpreussische Beamte für die Bieglar einen 16stündigen Maximalarbeitstag fordert, befürwortet der Potsdamer Beamte für dieselben einen 8stündigen, der Beamte für Hessen II einen 6stündigen. Uebrigens Differenzen von 2-6 Stunden finden sich für zahlreiche Bezirke.

In der Metall- und Maschinenindustrie wurden von 14 Beamten 23 Bezirke als reformbedürftig erachtet. Da kommen zunächst die großen Eisenwerkstätten in Betracht, für welche der Beamte von Lothringen den 8stündigen Tag empfiehlt, während die Berichte von Arnberg, Düsseldorf, Aachen und Osnabrück für diese ein gesetzgeberisches Eingreifen nicht für notwendig erachten. Einen allgemeinen Maximalarbeitstag für alle Arbeiter an heißen Oefen verlangt der Beamte für Hessen II. Für die Eisereiten treten die Beamten von Annaberg, Hessen II und Lothringen ein; letzterer fordert den 8stündigen Tag, die beiden ersteren lassen die Frage der Dauer offen, wobei jedoch der Annaburger Beamte den Maximalarbeitstag nur einzelnen Arbeitern nach ärztlicher Vorschrift zu Gute kommen lassen will. Energischer tritt der Potsdamer Beamte für den Arbeiterschutz ein, indem er für die Gieß- und Zinkgießer, sowie für die Arbeiter in Verzinnungs-, Verzinkungs- und Vernickelungsanstalten den Achtstündigen Tag befürwortet. Die gleiche Reform erkennt er den Blei- und Zinnarbeitern zu, für die auch der Beamte für Hessen II einen Maximalarbeitstag beantragt. Hinsichtlich der Bleilötherei fordert der Freiburger Beamte den Ausschluß von Arbeitern unter 18 Jahren, sowie den Achtstündigen Tag für Arbeit in geschlossenen Räumen, bezw. den Zehnstündigen Tag für Arbeit im Freien, wogegen der Beamte für Anhalt nur einen 12stündigen Maximalarbeitstag in Erwägung zieht, der Arnberger Beamte aber trotz vorhandener Gesundheitsgefährdungen den Zehnstündigen Tag nicht ausreichend für Reformen hält. Für Akkumulatorenfabriken und zwar bezüglich der Arbeiter mit Bleisäuren schlagen die Beamten von Berlin und Frankfurt a. O. einen Maximalarbeitstag ohne Angabe der Dauer, der Potsdamer Beamte einen 6stündigen Arbeitstag (einschließlich der Pausen) vor. (Diese Vorschläge sind bekanntlich durch den Bundesrathserlaß vom 11. Mai 1898, der eine 6-, bezw. 6 1/2stündige Arbeitszeit vorschreibt, erledigt.)

Eingehend schildert der Arnberger Beamte die ungesunden Arbeitsverhältnisse der Metallschleifer (Nagel- und Trodeneschleifer); er fordert den Ausschluß aller weiblichen und jugendlichen, sowie aller von Ärzten als ungeeignet befundenen Personen, obligatorische ärztliche Untersuchung und den Zehnstündigen Tag. Die letztere Reform heischt auch der Beamte für Minden und Hessen I. Der Düsseldorf'er Beamte begnügt sich mit dem 8stündigen Tag und läßt sogar in Fällen gut eingerichteter Betriebe Ausnahmen durch die Polizeibehörden zu. Der Beamte für Hessen II fordert bloß einen Maximalarbeitstag ohne Dauerangabe, während der Potsdamer Beamte den Achtstündigen Tag (einschließlich der Pausen) empfiehlt.

Für die schweren Lungenerkrankungen ausgesetzten Kupferer befürwortet der Beamte für Hessen II einen Maximalarbeitstag, während der Mindener Beamte dies „nicht für angebracht hält, da alsdann auch verwandte Berufszweige umfaßt werden müßten, was wohl zu weit führen würde.“ Uebrigens ein Grund, der sich in zahlreichen ablehnenden Berichten wieder spiegelt!

Einen 6stündigen Arbeitstag hält der Arnberger Beamte für die Metallbeizer (-brenner) für angemessen. Der Beamte für Oberbayern vertritt die Wünsche der Feinmechaniker, Optiker, Spängler (Gürtler) und Zingießer nach einer 8-9stündigen Arbeitszeit in Rücksicht auf die bei ihrer Arbeit erzeugten giftigen Dünste. Eine Arbeitszeitbeschränkung hält ferner der Beamte für Hessen II für Polirereien für notwendig.

Für die Feilenhauer und Schleifer empfiehlt der Potsdamer Beamte den Achtstündigen Tag (einschließlich Pausen), der Beamte für Oberbayern eine 8-9stündige Arbeitszeit. Der Oberniger Beamte stellte zwar besonders ungünstige Verhältnisse dieses Berufes fest, kann sich aber zur Begutachtung einer Reform nicht aufschwingen.

Der Berliner Gewerberath fordert einen 10stündigen Maximalarbeitstag für die Arbeiterinnen in Holzschraubenfabriken. Eine Regelung der Arbeitszeit (11 Stunden in Maschinenfabriken wird von dem Düsseldorf'er Beamten gewünscht. Der Chemnitzer Beamte glaubt mit einem allgemeinen Verbot aller länger als 13stündigen Schichten auskommen zu können. Der Beamte für Neuß j. L. begnügt sich hinsichtlich der Maschinen- und Webtextilienfabriken mit einer gesetzlichen Regelung der Pausen, wogegen er für die Werkzeugfabriken einen Maximalarbeitstag heischt. Für Musikinstrumentenfabriken hält der Beamte für Neuß j. L. eine Kürzung der täglichen Arbeitszeit und Pausenregelung ebenfalls für erwünscht. Schließlich soll nach dem Vorschlag des Mindener Beamten die Arbeitszeit der Radierer in den großen Maschinenfabriken auf 11 Stunden beschränkt werden, wogegen der Berliner Beamte hinsichtlich der Gesundheitsgefährdungen der Radierer in Metallwaaren- und Sumpenfabriken weitere Erhebungen für nöthig erachtet.

So weit die vorliegenden Gutachten. Daß mit den 127 empfohlenen Bezirken die Zahl der gesundheitsgefährlichen und reformbedürftigen Gewerbe, Branchen und Theilarbeiten bei Weitem nicht erschöpft ist, ist offenbar. Unseres Erachtens thäte die Reichsregierung besser daran, nunmehr ernstlich der Frage der gesetzlichen Einführung des Zehnstündigen Tages mit periodischer Nachfolge des Neun- und Achtstündigen Tages näher zu treten, anstatt für einige Hundert Bezirke und Branchen umfangreiche Reglements zu schaffen. Ein herzhafter Schritt würde auch den Unternehmern geringere Umannehmlichkeiten bereiten als jahrelange, sozialquadratische Experimente.

Lohn- und Arbeits-Verhältnisse in Königsberg i. Pr.

III.

Ueber die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Königsberger Klempner entnehmen wir dem Vortrag des Kollegen Rohlfach, welchen derselbe am 2. Februar hielt, die nachstehenden Angaben. Es sind in Königsberg etwa 150 Klempner beschäftigt. Angaben über Lohn- und Arbeitsverhältnisse liegen von 63 Kollegen vor, welche in drei Groß- und sieben Kleinbetrieben beschäftigt sind. Von den 63 Klempnern sind nur 7 organisiert. (Im Ganzen, d. h. von allen Werkstätten sind 15 organisiert.) Eigentliche Großbetriebe für Klempnerei sind in Königsberg nicht vorhanden, sondern es sind dies Großbetriebe anderer Art, in welchen einige Klempner beschäftigt sind. Die Arbeitszeit beträgt im Allgemeinen 60 Stunden pro Woche. Ausnahmen machen die Betriebe von Gehlat, in welcher 58 Stunden, und Hehse, Hübenjam & Neumann, welche im Sommer 64, im Winter 54 Stunden arbeiten lassen. Ueber- und Sonntagsarbeit kommen selten vor. Nachtarbeit nur bei der Firma Müller, wenn ein Sorg schnell hergestellt werden muß, was sich nicht vermeiden läßt.

Die Klempner haben durch ihren Streik seiner Zeit einen Minimallohn von 27 \mathcal{M} pro Stunde durchgesetzt. Unter diesem Minimallohn arbeiten nur drei Kollegen. Einer zu 20 \mathcal{M} . Das ist ein alter Mann, welcher nicht mehr leistungsfähig ist, zwei zu 25 resp. 26 \mathcal{M} . Diese beiden sind Junggeheilen. Weiter sind 7 Mann mit 27 \mathcal{M} , 21 mit 30 \mathcal{M} , 6 mit 32 \mathcal{M} , 4 mit 33 \mathcal{M} , 2 mit 34 \mathcal{M} , 10 mit 35 \mathcal{M} , 1 mit 37 \mathcal{M} , 8 mit 40 \mathcal{M} , 1 Mann (Werkführer) mit 50 \mathcal{M} Stundenlohn beschäftigt. Zusammengefaßt stellt sich der Verdienst wie folgt: 2 Mann 12—15 \mathcal{M} , 41 16—20 \mathcal{M} , 19 21—25 \mathcal{M} und 1 Mann über 25 \mathcal{M} pro Woche. In zwei Lohnklassen getheilt unter 20 \mathcal{M} pro Woche 48, über 20 \mathcal{M} 20 Mann. Die Grenze bei 25 \mathcal{M} gezogen: Unter 25 \mathcal{M} 62, über 25 \mathcal{M} nur 1 Mann. Daraus geht hervor, daß der Stand des Verdienstes zwar nicht so tief sinkt als bei Schmieden und Schlossern, aber auch den Höchststand derselben nicht erreicht. Bei Alfordarbeit schwankt der Verdienst zwischen 35 und 45 \mathcal{M} pro Stunde, doch wird sehr wenig Alford gearbeitet. Vor dem Streik stand der Winterlohn auf 10,50 bis 12,50 \mathcal{M} , der Sommerlohn 12—18 \mathcal{M} pro Woche. Die Arbeitszeit betrug früher 11 Stunden. Es sind ganz erhebliche Vorteile für die Kollegen durch den Streik errungen.

Die Lohnzahlung erfolgt jede Woche Sonnabends. Eine Ausnahme macht der Klempnermeister Wandowski, welcher seine Leute oft bis Sonntag Mittag, manchmal sogar bis Montag auf ihren Lohn warten läßt. Lohneinbehaltungen sind üblich bei Gebr. Franz (2 Tage), Müller, Schilling & Guzeit, Hehse, Hübenjam & Neumann je 1 Tag. Strafgehalte werden abgezogen: bei Gebr. Franz; Zuspätkommen 20—50 \mathcal{M} , Fortbleiben von der Arbeit 25 \mathcal{M} . Wenn ein Klempner, der auf dem Bau arbeitet, in der Arbeitszeit ein Glas Bier trinkt und läßt sich vom Herrn Ingenieur ertwischen, so sind 20 \mathcal{M} Strafe verwirkt. Bei Schilling & Guzeit wird das Nichtabnehmen der Marken mit 25 \mathcal{M} bestraft. Ueber die Verwendung der Strafgehalte ist nur so viel bekannt, daß sie bei Gebr. Franz der Krankenkasse zufließen. Eine Kontrolle ist nicht vorhanden.

Ueber die Behandlung das Folgende: Grobheiten kommen vor bei Gebr. Franz vom Chef und vom Meister denjenigen Kollegen gegenüber, die es sich gefallen lassen. Bei Hehse, Hübenjam & Neumann könnte die Behandlung besser sein. Der Herr Klempnermeister Wagner schimpft häufig genug seine Leute Ohse, Schusterjunge u. d. d. daher kommt, oder doch damit zu vereinbaren ist, daß der Mann sehr fromm ist, mag er selbst entscheiden. Auch bei Behrend kommen Grobheiten vor.

In sanitärer Beziehung lassen die meisten Arbeitsräume zu wünschen übrig. Als einzige Heizung dient in der Regel der Kamin. Es sind ungenügend bei Gebr. Franz die Ventilation, Heizung, Waschoorrichtungen. Die Aborte sind ganz unzureichend, für den ganzen Betrieb nur zwei, so daß stets ein Mann auf den anderen warten muß, worunter denn auch die Keimlichkeit stark leiden muß. Bei Müller sind die Ankleideräume ganz ungenügend. Bei Hehse, Hübenjam & Neumann Heizung, Ventilation, Aborte und Waschoorrichtungen, bei Wagner Waschoorrichtungen, bei Bartschart & Co. Heizung und Ventilation, bei Behrend (Börsestraße) Heizung, Ventilation und Aborte ungenügend. Bei Herrn Wandowski dient als „Abort“ eine Kammer mit einem Kasten ohne Gimer, natürlich unverschlossen. Dieser „Abort“ ist also in einem Zustande, daß ihn Niemand benutzen kann.

Allgemein üblich ist es, daß verlorene gegangenes Werkzeug von den Klempnern ersetzt werden muß.

Somit ist noch zu bemerken, daß bei Herrn Glauf die Werkstatt zu klein ist, zum Theil also in einem Schuppen gearbeitet werden muß. Bei dem frommen Herrn Wagner hatten die Gesellen im vorigen Sommer mit dem Bruder des Meisters einen Afford verabredet, und als die Arbeit fertig war, wurde den Leuten einfach erklärt, daß sie zu viel verdient hätten, und der Preis um 100 \mathcal{M} heruntersetzt. Verdient hatten die Leute zu 35—40 \mathcal{M} die Woche — ausgezahlt wurden 22 \mathcal{M} . Das ist praktisches Christenthum. Bei Herrn Behrend soll es vorkommen, daß Ueberstunden verlangt werden, aber das Bezahlen vergessen wird!

Der Redner zeigte den Klempnern nachher in längeren Ausführungen noch, wie ungerechtfertigt ihre Handlungsweise ist, daß sie nämlich von dem Verband erst das Gute genießen — die Streikunterstützung — und nach dem gewonnenen Kampf den Verband verlassen haben. Es wurde schließlich eine Kommission von 5 Mann gewählt, welche dafür zu sorgen hat, daß die durch den Streik erzielten Arbeitsbedingungen eingehalten und die Kollegen zum Verband wieder herangezogen werden.

Arbeitslosenunterstützung.

Wien, im Februar 1899.

Der Antrag des Zentralvorstandes des D. M. B. an dessen Generalversammlung, die Arbeitslosenunterstützung innerhalb dieser Organisation einzuführen, beschäftigt unsere deutschen Fachkollegen in sehr hohem Maße und die verschied-

denen Ansichten über die Zweckmäßigkeit der Arbeitslosenunterstützung und deren Nachteile werden in Verhandlungen in sehr zahlreichen Auffügen geäußert. Und gewiß mit Recht, denn die Arbeitslosenunterstützung gehört unstreitig zu den häufigst diskutierten und am meisten umstrittenen Fragen der Gewerkschaftsbewegung. Ja, noch mehr, sie gehört zu den grundlegenden Prinzipien einer modernen Kampfsorganisation. Was auch schon für und wider in dieser Angelegenheit angeführt wurde, zu einem Abschlusse ist sie noch lange nicht gebracht. Es ist dies aber auch ganz begreiflich, wenn man die Verschiedenheit der Voraussetzungen bedenkt, von denen bei der Beurteilung der Frage ausgegangen wird. Dem Einen ist sie eine bloße Frage der Solidarität der Arbeiterschaft, von der er die Verpflichtung ableitet, dem durch Arbeitslosigkeit in Noth gerathenen Genossen unterstützend und helfend zur Seite zu stehen, dem Anderen ist sie nur Frage der Agitation; er ist prinzipiell gegen die Unterstützung, akzeptirt sie aber vorläufig, um damit jene Klassengenossen, deren Klassenbewußtsein etwas schwer zu erwecken ist, heranzuziehen zur Organisation, wo die Erziehungsarbeit dann leichter zu besorgen ist. Sonst aber findet er, daß jede Unterstützung demoralisirt, weil sie dazu führt, die Angehörigen der Organisation nur an einer Falte ihres Kleides festzuhalten, an ihrem Egoismus. Der Dritte geht zum größten Theile mit dem Ersten, findet aber noch eine kleine Nuance, indem er den in Ermangelung eines besseren Wortes als philanthropisch zu bezeichnenden Standpunkt nach der prinzipiellen Seite hin verschiebt und von der Erhaltung der Kampffähigkeit des Proletariats spricht. Dem Vierten wieder ist die Arbeitslosenunterstützung ein sehr wichtiges Organisationsmittel, nicht bloß im Sinne für die Vereinigung, sondern im Sinne der Kampfsarbeit derselben. Und schließlich der Fünfte negirt diesen Standpunkt vollständig, er behauptet das strikte Gegentheil dessen; seiner Ansicht nach gibt es kein größeres Hinderniß für den Klassenkampf, als die — Arbeitslosenunterstützung. Es sei gleich hier mit allem Nachdruck hervorgehoben, daß die letztgenährte Ansicht eine unserer Meinungen nach grundfalsche ist, obwohl ihre Befürworter eine Unzahl scheinbar richtiger Phrasen zur Begründung vorbringen. Bei so vielen verschiedenen Voraussetzungen, die sich gewiß noch vermehren ließen, müssen, wie schon erwähnt, notwendigerweise auch die Konsequenzen sehr verschiedene sein, wozu außerdem noch kommt, daß auch bei uns Genossen existiren, die an der „Glendstheorie“ festhalten und meinen, man müsse die industrielle Reservearmee in ihrer schlechtesten Lage belassen, weil die dadurch noch gesteigerte Verzweiflung derselben eine stete latente Gefahr für die herrschenden Klassen bilde, die sich eines Ausbruches dieser Verzweiflung nie versehen könne. Man ist diese Anschauung für sehr revolutionär.

Gerade diese letztere Meinung könnte dazu verleiten, die ganze Angelegenheit zum Gegenstand einer theoretischen Betrachtung zu machen und über die Bedeutung der industriellen Reservearmee im hiesigen Wirtschaftsleben etwas Näheres auszuführen. Wir wollen jedoch angeht die zahlreichen Meinungsverschiedenheiten bei den mehr praktischen Erwägungen bleiben, die sich in unserer Kampfschärftigkeit alltäglich aufdrängen.

Zunächst sei ganz kurz zu der Meinung gesprochen, daß die Verzweiflung der arbeitslosen Masse eine fortwährende Gefahr für die Bourgeoisie bilde. Kein Zweifel! Man hat ja Verzweiflungssakte schon gesehen. Und wir Oesterreicher sind ja noch nicht gar lange der Vera der Verzweiflungssakte entwachsen. Ist damit aber ein besonderer Erfolg verknüpft? — Nein! Die öffentliche Meinung, die Gefühlsregung wird zwar ein wenig aus ihrem Schlaf aufgerüttelt, ein entsprechendes Urgebot der bewaffneten Macht aber genügt, die Ruhe wieder herzustellen und damit wieder den Schlaf der Gewannten. Unorganisirte Gewalt erzielt keine nachhaltige Wirkung, das kann nur eine organisirte Macht! Und die ist vorhanden, wenn mit den Arbeitenden auch die Arbeitslosen organisiert sind. Die auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Gewerkschaften haben das bis zu einem gewissen Grade eingesehen und haben dieser Einsicht praktische Formen annehmen lassen. Bei einem Streik wird ohne Rücksicht darauf, ob Einer erst durch den Streik momentan arbeitslos geworden ist oder ob er sonst schon arbeitslos ist, Jeder unterstützt, von dem irgend Gefahr drohen kann. Man weiß, daß dies notwendig ist, um zu verhindern, daß der Unternehmer die Streikenden ersehe. Man geht in richtiger Würdigung der Thatfachen sogar so weit, selbst in entfernteren Orten alle Jene zu unterstützen, von denen zu erwarten ist, daß sie sich in das Kampfgebiet begeben und dort durch Aufnahme der Arbeit, wozu sie ja vom Unternehmer selbst durch Gewährung der Arbeitsbedingungen, die er den Streikenden verweigert, verlockt werden, die Chancen des Kampfes für die Ausständigen bedeutend verschlechtern. Freilich, es gelingt nicht immer, mit diesem Mittel Streikbruch zu verhindern, was jedoch nicht beweist, daß die in Rede stehende Anschauung unrichtig ist. Es wird wohl kaum irgend Jemanden geben, der die Bedingungen unseres wirtschaftlichen Kampfes so weit verkennen könnte, daß er gegen eine Arbeitslosenunterstützung in solchem Falle Stellung nähme.

Ist aber die Nothwendigkeit der Unterstützung in diesem Falle zugegeben, dann ist es eine arge Inkonsequenz, in den scheinbar ruhigeren Zeiten gegen die Arbeitslosenunterstützung zu sein. Unser Kampf ist nämlich ein unermüdlicher. Es handelt sich nicht bloß darum, Positionen zu erobern, sondern auch darum, das Eroberte zu behaupten. Und gerade das ist ungleich schwieriger als der Sturm selbst. Langsam, fast unmerklich bröckelt Stück für Stück ab von dem, was man errungen, zum Schlimmen sind oft wieder die alten Verhältnisse da, ohne daß man recht weiß, wie. Das Kampfergebn ist eben jetzt viel schwerer zu übersehen, die Aufmerksamkeit verringert, man wiegt sich in Sicherheit, dann kommt oft mit einem Schlage die Ueberrumpfung. Will man diese vermeiden, dann ist es notwendig, die Möglichkeit der genauen Beobachtung zu schaffen. Woher aber droht wohl eine größere Gefahr, als von Seiten der Arbeitslosen?

Wer wochenlang auf Grund eines sehr gering bemessenen Credits leben muß, wer Wochen buchstäblich dahinhungerte, der ist biegsam, bereit, sich in sehr Vieles zu fügen, was er sonst nicht thäte; der empfindet die Möglichkeit, auch nur Geringes zu verdienen, als eine bedeutende Verbesserung seiner Lage. Er drängt sich auf und reizt damit eine Wresche

in das Gebäude besserer Arbeitsbedingungen, das durch mühseligen an Opfer sehr reichen Kampf geschaffen wurde.

Sagen wir es ganz ruhig, wir sind auch keine besseren Menschen als die Andern, können es heute auch gar nicht sein. Ueber sind unsere Verhältnisse darnach, veredelnd auch nur einzuwirken, noch macht der herrschende ökonomische Zustand uns das möglich. Auch uns ist unjer Interesse in erster Linie maßgebend. Keiner ist bei der Organisation wegen der Andern, sondern wegen seiner selbst; Jeder kämpft den Kampf seiner eigenen Interessen, und eben daraus entspringt wegen der Gleichheit unserer Interessen die Solidarität. Finden wir unseren Vortheil nicht durch und in der Organisation, dann lassen wir, sie bleiben. Sind wir in Folge längerer Arbeitslosigkeit wochenlang auf ein Nichts beschränkt, dann trachten wir, selbst gegen den Willen der Organisation, unser einziges Bestigthum, die Arbeitskraft, so gut als es eben geht, zu verkaufen. Und so wirkt der Mangel der Arbeitslosenunterstützung in einer Arbeiterorganisation schädigend ein auf die Interessen der Arbeiter.

Die Unterstützung der arbeitslosen Mitglieder darf nicht aufgespart werden, als das sichbare Zeichen irgend eines edlen Gefühls oder als ein vorläufig verwendbares Agitationsmittel, sie muß vielmehr betrachtet werden als ein maßgebender und wichtiger Faktor des Kampfes. Die Erhaltung der Kampffähigkeit tritt in ihre Rechte, aber nicht in dem direkten Sinne einer Linderung der Noth, sondern in dem Sinne der Möglichkeit, die Arbeitsbedingungen zu verbessern, und zwar nachhaltig. Es entfällt endlich auch das Argument von dem demoralisirenden Einflusse der Unterstützung.

Der Egoismus ist in einer auf die Konkurrenz aufgebauten Gesellschaft die notwendige Eigenschaft eines jeden Menschen, ist der hervorragendste Zug jeden Charakters, der nicht durch das Bedauern dieser Thatfache aus der Welt geschafft wird, und muß daher angesehen und darf nicht unbeobachtet gelassen werden. Der Egoismus schlägt aber in der von uns erörterten Form der Ausnützung in ein Zwangsmittel der Organisation um, indem Niemand es so leicht wagen wird, den Verlust der Arbeitslosenunterstützung dadurch herbeizuführen, daß er Etwas gegen die Beschlüsse und Regeln seiner Organisation unternimmt. Und so wird die Arbeitslosenunterstützung zu einem mächtigen Bindemittel innerhalb der Organisation.

Freilich, wir verkennen durchaus nicht, daß das, was wir in vorstehenden Zeilen behaupteten, bloß Ansichten sind, jedoch Ansichten, die den Vorzug haben, den allgemein bekannten Thatfachen entspringen zu sein und frei von allem Brimborium der so ungemein schädlichen Phrase.

Derselbe Kampf der Meinungen, der nämlich Widerstreit der Ansichten trat auch in Oesterreich in die Erscheinung als in unserer Organisation die „fortwährende Arbeitslosenunterstützung“ eingeführt wurde. Und wir haben alle Ursache befriedigt zu sein, daß wir die Unterstützung einführten. Noch lebhaft ist uns in Erinnerung, daß im Begriffschreiben an die Generalversammlung des D. M. B., welche im Jahre 1893 in Altenburg tagte, der damalige Sekretär des österreichischen Verbandes vor der Einführung der Arbeitslosenunterstützung warnte. Heute sind wir eines Besseren belehrt, wir haben einfach gelernt, daß die Arbeitslosenunterstützung ein wichtiger Bestandteil einer modernen Kampfsorganisation ist und daß die ihr angeblich innewohnende Verwässerung des Klassenkampfes durch sie nicht eintritt. Die deutschen Arbeiter haben wahrlich keine Ursache zu fürchten, daß im Reiche draußen der Klassenkampf verschwinden werde, dafür sorgen in viel energischerer Weise als die Proletarier dies zu thun vermögen, die Stumm's und tutti quanti, die geplanten Zuchtengesetze, und schließlich gibt es ja auch in Deutschland Richter, die zum Hass gegen die bestehenden Einrichtungen aufreizen.

Von der Frage der Arbeitslosenunterstützung gilt der alte Erfahrungssatz: Probiren geht über's Studiren!

Zur Frage der Arbeitslosenunterstützung.

Von Fritz Ehrler-Frankfurt a. M.

III.

Die Grundlage der Berechnungen des Hauptvorstandes bilden zum Theil die im Jahre 1895 vorgenommene Berufs- und Gewerbezahlung. Der Kollege Schlicke hat sich ja in einer mit sehr viel Worten ausgestatteten Berichtigung für die Richtigkeit dieser amtlichen Enquete ins Zeug gelegt, entgegen der Ansicht unserer Genossen, daß solche amtliche Feststellungen bei der einseitigen und bürokratischen Behandlung derselben genaue Daten und verlässiges Material noch selten geliefert haben. Daß wir mit dieser Ansicht auch in diesem Falle Recht haben, beweist folgende Bemerkung des statistischen Bureau's bei dem amtlichen Berichte über die durch die Zahlung gewonnenen Ziffern betreffs Arbeitslosigkeit:

„Die Veröffentlichung der gewonnenen Ergebnisse kann nur unter dem ausdrücklichen Vorbehalt erfolgen, daß darin nicht die Zahlen der wirklich arbeitslosen, sondern die Zahlen der als arbeitslos bezeichneten Arbeitnehmer zu erblicken sind.“ — Weiter unten sagt derselbe amtliche Bericht: „In manchen Fällen wirklicher Arbeitslosigkeit mag eine Angabe hierüber aus Mißverständnis, Versehen, Furcht vor weiterer Belästigung und aus anderen Gründen unterblieben sein.“

Also diese von Amtswegen für ungenau bezeichnete Berechnung soll von uns für genau betrachtet werden, weil sie nun gerade so schön in den Kram paßt. O sancta Simplicitas!

Aber abgesehen davon, wird man sagen, ist ja so wie so schon ein viel höherer Prozentsatz Arbeitsloser angenommen, so daß diese Enquete gar nicht notwendig ist, um die Durchführbarkeit der Arbeitslosenunterstützung zu beweisen. Daß man aber auch hier über seine eigene Nasenspitze nicht hinaussieht, beweist schon der Umstand, daß man aus allgemeinen Voraussetzungen Schlüsse zieht, die nur unter Berücksichtigung aller in Betracht kommenden Verhältnisse gezogen werden dürften. So folgert der Hauptvorstand aus der allgemeinen Arbeitslosigkeit auf die Arbeitslosenziffer im Verbande. Wer sagt denn aber, daß das Verhältnis der Arbeitslosen im Verbande zu den organisirten Kollegen gleich ist dem Verhältnis aller arbeitslosen Metallarbeiter zur

Metallarbeitschaft überhaupt? Man sagt, 10 Proz. Arbeitslose ist ein so ungeheurer großer Prozentsatz, daß das Eintreten eines solchen fast unmöglich erscheint? Aber ist es denn ausgeschlossen, daß, wenn im allgemeinen 6, 8 bis 10 Proz. Arbeitslose vorhanden sind, wir den doppelten, ja vielleicht noch höheren Prozentsatz Arbeitslose im Verband haben? Oder wie anders laßt es sich erklären, daß im Jahre 1893 von 10,596 Schlossern im Verbands 1809 Mitglieder, also 17,2 Proz. Reiseunterstützung erhalten haben? Ebenso von 4040 Klempnern 781 Mitgl. = 19,2 Proz., von 2711 Formern 529 Mitgl. = 19,6 Proz. Reiseunterstützung erhalten, trotzdem die allgemeine Arbeitslosigkeit 10 Prozent nicht erreicht hat? Zieht man dabei noch in Betracht, daß diejenigen arbeitslosen Kollegen, welche nicht auf die Reise gehen, nicht mit aufgeführt sind, so stellt sich der Prozentsatz noch erheblich höher.

Je mehr die Klaffengegenätze sich zuspitzen, je mehr Technik und Industrie die Produktion erleichtern, je mehr unser eisernes Zeitalter fortschreitet, je größere Kreise die Proletarisierung der Massen zieht, je mehr Umfang sie annimmt, desto größer wird der Prozentsatz der Arbeitslosen. Es scheint mir, daß man diesen Punkt, der gerade für unsere Organisation von ungeheurer Wichtigkeit ist (kaum eine Industrie hat mehr darunter zu leiden, wie die Eisen- und Metallindustrie) nicht die genügende Beachtung geschenkt hat. Von Interesse sind hier die Aufwendungen der Buchdrucker für Unterstützungen seit 1880, wenn man die von Genossen v. Elm gegebene Tabelle umrechnet, um die Beiträge zu erhalten, welche pro Mitglied und Woche auf die verschiedenen Unterstützungen entfallen. Die Durchschnittsausgabe beträgt für die Zeit von 16 Jahren (1880—1896) pro Mitglied und Woche

Table with 2 columns: Support type and amount. Includes categories like 'für Streikunterstützung', 'Wenigregelmäßige Unterstützung', 'Rechtschutz', etc.

Die Buchdrucker konnten also ihre Lohnkämpfe inklusive der beiden großen Streiks von 1887 und 1891 mit 20 A Beiträgen führen und zahlten den darüber hinausgehenden Betrag lediglich für Unterstützungsgegenstände und Verwaltungskosten (die mir nicht bekannte Ausgabe für das Verbandsorgan abgerechnet). Auf die einzelnen Jahre verteilt sich die Ausgabe pro Mitglied und Woche für Arbeitslosenunterstützung wie folgt:

Table with 3 columns: Year, Amount, and another column. Shows data for years 1880 to 1896.

Hieraus sind so recht die durch die wirtschaftlichen Verhältnisse verursachten Schwankungen zu ersehen, denen sogar die Gewerkschaft mit den „bestausgebauten“ und ältesten Unterstützungsanstalten in Deutschland unterworfen ist. Zugleich dürfte damit aber auch der Beweis erbracht sein, daß eine sichere Grundlage für die bezügliche Berechnungen in dem vom Hauptvorstand vorgebrachten Material nicht zu finden ist.

Es ist und bleibt die obligatorische Einführung dieses Unterstützungsgegenstandes eben ein Experiment, dessen Risiko der Gesamtverband zu tragen hätte. Es gibt doch meines Erachtens noch auch noch andere Wege, sich von der Güte oder den Nichterfolg dieses „Bismarckmittels“ zu überzeugen, als gerade den, die ganze Organisation als Versuchskanarienvogel zu benutzen. Wir haben nun aber nicht das alte ausgebreitete Unterstützungsweisen wie die Buchdrucker, und man darf nicht außer Acht lassen, daß die Unterstützungsansprüche bedeutend größer sein werden schon deshalb, weil unter dem Deckmantel der Arbeitslosigkeit so manche Kranken- und andere Unterstützung erhoben werden wird. Eine genaue Kontrolle darüber scheint mir sehr schwer, wenn überhaupt durchführbar zu sein.

Eine Beitragserhöhung von 10 A, sagt der Hauptvorstand, kann leicht getragen werden, wenn die Mitglieder es ernstlich wollen. Gewiß geben wir das zu. Ein großer Teil der Mitglieder wird in der Lage sein, erhöhte Beiträge leisten zu können und ich habe insoweit gegen eine den Verhältnissen entsprechende Erhöhung der Beiträge nichts einzuwenden, wenn der erhöhte Beitrag für unseren Klassenkampf, für Erhaltung des Achtundbenützes, bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse angewendet werden. Zugleich muß aber betont werden, daß ein anderer großer Teil unserer Mitglieder, diejenigen, welche mit 8, 10, 12 bis 15 A Wochenlohn nach Hause gehen, diese erhöhten Beiträge nur bei sehr großer Opferwilligkeit aufbringen werden. Daß die aber nicht überall so vorhanden ist, wie es wünschenswert wäre, wissen wir ja alle und wollen auch weiter keine Forderungen darüber aufstellen. Aber auf eines will ich aufmerksam machen. Gerade diejenigen Mitglieder, die in der Lage sind, erhöhte Beiträge bezahlen zu können, werden weniger Vorteile von der Arbeitslosenunterstützung haben, als die anderen. Der besser bezahlte Arbeiter hat weniger Aussicht, arbeitslos zu werden als der schlecht bezahlte.

Dann wird betont, daß den alten seßhaften Mitgliedern müsse etwas geboten werden. Derselbe Grund wurde aber schon früher geltend gemacht, als man die Notwendigkeit der Reiseunterstützung verheißte. Durch die Gewährung der Reiseunterstützung wird ein gesunder Wechsel des Arbeitsortes bewirkt, das Zu- und Abströmen der Arbeitskräfte, eine Freilegung des Arbeitsangebotes mit geringen Mitteln, wodurch die Konkurrenz für die am Ort seßhaften Kollegen wenn nicht beseitigt, so doch vermindert wird. Das sei ein nicht zu unterschätzender Vorteil für dieselben, so hat man früher behauptet. Durch die Einführung der Arbeitslosenunterstützung bewirkt man aber eher ein Festhalten der Konkurrenz am Orte. Man sieht das Uebel (das billige Angebot der Arbeitskräfte) hinaus, heißt es aber nicht auf. Wenn wir dazu noch hinzurechnen, daß wir zur Erreichung des Arbeitsnachweises (einige Beiträge, die bis auf wenige Annahmen möglich sind, abgerechnet) bis jetzt so viel wie nichts getan haben, daß der Arbeitsnachweis fast ausschließlich in den Händen der Unternehmer sich befindet, so ergibt sich, daß wir zur Begegnung dieser Frage (soweit es

sich um Arbeitsangebot und Nachfrage handelt) gar nichts thun können, und in den meisten Fällen es lediglich dem Ermessen des oder der Unternehmer anheimgegeben ist, ob die Arbeitslosenunterstützung den seßhaften Mitgliedern Vorteil bringen kann oder nicht. Immerhin aber dürfte es dem organisierten Unternehmertum nicht schwer fallen, unsere Thätigkeit und Entwicklungsfähigkeit lahmzulegen, event. zu hindern dadurch, daß uns in den größeren Industriezweigen einige tausend organisierte Kollegen zur beständigen Unterstützung präpariert werden.

Gleiches Recht für Alle ruft ein Kollege im Verbandsorgan. Wenn Sie aber gleiches Recht für Alle schaffen wollen in Bezug auf die Gewährung von Unterstützung, so müssen Sie eine Form finden, bei welcher die Möglichkeit der Inanspruchnahme der Unterstützung bei allen Mitgliedern die gleiche ist. Dies ist bei der Arbeitslosenunterstützung nicht der Fall. Man würde hier den Tausend mit Helzeub austreiben, eine Ungleichheit aufheben und eine andere schaffen. Es wird doch wohl Niemand behaupten wollen, daß die Möglichkeit, arbeitslos zu werden, bei allen Mitgliedern gleich ist. Wie steht es denn da mit denjenigen Mitgliedern, die nicht so sehr unter der Arbeitslosigkeit zu leiden haben? Wer hat denn den größten Vorteil von der Einführung dieses Mittels? In erster Linie doch die Saisonarbeiter unserer Branche, die Bauhändler und Spengler, die in den Konstruktionswerkstätten beschäftigten Arbeiter und diejenigen Fabrikarbeiter, die als ungelehrte Arbeiter an die Hilfs- und Schreibmaschinenfabriken (z. B. Fahrrad- und Näh-, Strick-, Schreibmaschinenfabriken etc.) gestellt werden. Des ferneren die vom Land periodenweise in die Stadt kommenden Arbeiter, denen die Unterstützung wohl am willkommensten sein wird. Diese Leute alle werden den Vorteil haben, sich öfter in den Genuss der durch Annahme des Vorstandsantrages geschaffenen Rechte zu versetzen, als es den Mitgliedern möglich sein wird, welche unter mehr konstanten Verhältnissen arbeiten. Noloins volens wird man gezwungen sein, ein weiteres Mittel zu suchen, um auch diese Ungleichheit zu beseitigen.

Dann wurde auch betont, die Arbeitslosenunterstützung sei ein Werbemittel. Das was wir aber hier schaffen wollen, besteht schon und besser, als wir es gestalten können. Die Klassen der Hirsch-Dunderianer gewähren in dieser Beziehung mehr, als wir das können, sie beschäftigen sich ja lediglich mit dem Unterstützungsgegenstand, während unsere Hauptaufwendungen dem Klassenkampf gewidmet werden müssen. Und doch hat bei dem überwiegend größten Teil der Arbeiter dieses Werbemittel nicht verfangen. Der gesunde Sinn des Arbeiters, der Instinkt, möchte man sagen, weist ihn an die Stelle, wo er seine wahre Interessenvertretung findet. Glaubt man denn aber, wenn das Werbemittel da, wo es zugleich Zweck ist, bei den Hirschen, schon so wenig verfangt, wir würden einen großen Fang damit machen? Ich glaube es nicht. Die allgemeine Erhöhung der Beiträge wird wohl in erster Linie einen derartigen Rückgang des Mitgliederstandes zur Folge haben, daß es lange Zeit bedürfen wird, bis wir den alten Stand wieder erreichen. Ob das nun länger oder weniger lange dauern wird, jedenfalls wird die Sache sich paralysieren, diejenigen, welche durch die Erhöhung der Beiträge verloren würden, könnte man im Laufe der Zeit auf der andern Seite wieder gewinnen, so daß wir vielleicht, vielleicht! eine Einbuße in quantitativer Beziehung nicht erleiden würden. Aber wie würde es denn in qualitativer Beziehung werden? Glaubt man denn wirklich, unter den der Unterstützung wegen Eintretenden viele zu finden, die man zu Klassenbewussten Arbeitern heranziehen könnte? Ich theile diesen Köhlerglauben nicht. Man blide doch auf die Reiseunterstützung! Des Oeffteren schon mußte dieselbe beschnitten werden, damit man auskommen könne und der Verband nicht zu viel betrogen werde. Es ist fast nicht viel mehr übrig geblieben als ein kümmerlicher Rest, der den Namen Reiseunterstützung trägt, so viel mußte an dieser Unterstützung „ausgebaut“ werden. Und trotzdem gar nicht mehr viel zu holen ist, sind es immer noch Hunderte und Hunderte von jungen Leuten, die nur der Reiseunterstützung wegen zum Verband gehen und das Weiterzahlen vergessen, wenn sie ihr Teil geholt haben, oder wenn sie das Meinen aufgeben. Ja, wird der Hauptvorstand da sagen, deswegen die Fluktuation, hätte man die Arbeitslosenunterstützung, dann würden die, wenn sie seßhaft werden, nicht austreten, sondern treue Mitglieder bleiben. Aber für eine solche Treue danke ich schon. Hätten wir lauter solche treue Mitglieder, die nur so lange bleiben, so lange für sie auf diese Art etwas zu holen ist, so wäre es wahrlich nicht mehr der Mühe werth, organisiert zu sein. Wir brauchen diesen Ballast nicht, wir brauchen keine künstlichen Mittel; vorwärts heißt unsere Lösung! Fort mit allem, was uns hindert im Wege steht!

Geriichtigung. Im Artikel I des Genossen Ehler in Nr. 7 muß es auf Seite 5 Spalte 1 Zeile 5 statt „Norddeutschen“ Neuentschen; in derselben Spalte in Abz. 4, vorletzte Zeile statt „Genossenschaften“ Gewerkschaften heißen.

Begegnung der Arbeitslosenunterstützung hätte ich den Raum der „A-Zig.“ nicht in Anspruch genommen, wenn nicht gerade speziell die Feilenhauer mit in die Kritik gezogen worden wären. Auch vor zwei Jahren war ich Gegner der Arbeitslosenunterstützung. Durch die Feilenarbeiter selbst, durch die Vorgänge in der Feilenindustrie der letzten Zeit, bin ich zur Ueberzeugung gekommen, daß die Einführung der Arbeitslosenunterstützung für die Feilenhauer von großem Nutzen ist. Auch wird die Mehrheit der Feilenhauer auf diesem Standpunkt stehen. Von einem Gegner wird nun angeführt, daß die verzeihlichen Feilenhauer, wenn sie am Orte keine Arbeit mehr bekommen, auf die Reise gehen, wo sie Reiseunterstützung erhalten. Dies bezweifle ich. Auch stände ein solches Verhalten unserem Arbeitsnachweis nicht sympathisch gegenüber. In diesem Falle hat man die Latzfil einzuschlagen, daß sich der betreffende Arbeitslose an den Zentralarbeitsnachweis oder an einen Bezirksarbeitsnachweis bezieht, was er nicht zu erlangen. Für die, die da verstreut, wird er Arbeitslosenunterstützung bekommen und mit den 6—8 A kann er sich immer etwas helfen. Wenn dann weiter angeführt wird, daß die Latzfil eingeschlagen werden soll, daß der Ausfühler der Unterstützung dem Arbeitslosen Arbeit nachweist, so ist der Betreffende dazu

ja gar nicht im Stande in unserer Branche, oder er müßte sein Material erst aus dem Zentralarbeitsnachweis schöpfen. Der Arbeitsnachweis ist in den Händen des Hauptvorstandes. Ich kann mir nicht denken, wie unser Arbeitsnachweis unter der Einführung der Arbeitslosenunterstützung leiden sollte. Dann wird, wie von allen Gegnern, erklärt, daß die Erhöhung der Beiträge in der Agitation Schaden anrichtet. Siezu habe ich zu erklären, daß die unorganisierten Feilenhauer, welche wir noch zu verzeichnen haben, in der großen Mehrzahl solche sind, die uns in den Rücken fallen bei Streiks u. s. w. Bei diesen Feilenhauern fehlt es aber nicht an der Aufklärung, sondern sie wissen ganz genau was sie thun. Hier kämen also nur die Hemscheider in Betracht. Schon viele Mühe hat man sich gegeben, diese für unsere Organisation zu gewinnen. Das wird uns aber nicht gelingen, auch wenn die Beiträge auf 10 A erniedrigt werden. Derjenige Kollege, der die Organisation hochhält, wird Mitglied bleiben, auch wenn er 30 A bezahlen muß.

Darauf, daß die hohen Beiträge zu Sonderbestrebungen der Feilenhauer führen würden, erkläre ich, daß ich vor zwei Jahren in Düsseldorf deshalb für den Fachverein eingetreten bin, um höhere Beiträge herbeizuführen.

Binden bei Hannover. P. S. d. n. f. e. l. d. e. r., Feilenhauer.

Meinungsaustausch oder Bank?

In meinem letzten zur Abwehr geschriebenen Artikel sagte ich: bezüglich der Polemik über Arbeitslosenunterstützung dürfte es genug sein, weil meiner Meinung nach dadurch am Ganzen nichts mehr geändert wird. Allein die Nr. 6 und 7 enthalten mehrere „Erwiderungen“, denen Einiges von mir entgegengesetzt werden muß, damit nicht gesagt werden kann, ich drückte mich nun feige, nachdem das Gesetzt an einem klüglichen Punkte angelangt ist.

Zunächst auf Hähnisch's sachliche Ausführungen einige Worte. Hähnisch sagt: „Auf beide Artikel in der „Neuen Zeit“ ist keine Erwiderung gekommen“ und nimmt darnach an, daß alle Genossen damit einverstanden sind. Ja, ist es dann dem Genossen Hähnisch und allen Verantwortlichen nicht aufgefallen, daß die gesammte Parteipresse vom Zentralorgan bis zum kleinsten Volksblatt, soweit ich dieselben überschauen kann, diese Frage als ein Kratzen „Nährnichnichstan“ betrachtet; und aus unbefangenen — Gründen nichts darüber schreibt? Obwohl man über Gewerkschaftsfragen innerhalb der Partei schon sehr heftig gestritten hat, zeigt man hier eine außerordentliche Reserve, warum? Meines Erachtens einfach deshalb, weil man dem Unterstützungsgegenstand nichts in den Weg legen will, ihn andererseits auch nicht offen und aufrichtig empfehlen kann, deshalb überläßt man es den Gewerkschaften, die Materie als „innere Angelegenheit“ zu regeln.

Hähnisch ist offen genug, zu sagen, daß die Ausführung und Durchführung eines Reglements schwierig sein wird und in der ersten Zeit zu Unzuträglichkeiten führen muß, mehr habe ich auch nicht gesagt, ich meinte nicht nur die erste Zeit, sondern immer werden Schwierigkeiten entstehen. Darauf ist allerdings keiner unserer Verbandskollegen eingegangen. Die Erwiderung Hähnisch's beweist, daß wenn man in der Behandlung der in Diskussion stehenden Materie sachlich bleibt, man damit nicht sehr weit kommt, dies haben auch offenbar die übrigen Einsender empfunden und in Folge dessen mit persönlichen Argumenten, Märgeln und sarkastischen „Erwiderungen“ herausgeputzt. Dort, wo man damit nicht auskam, wurde man grob, der beste Beweis dafür, daß meine Ausführungen an den empfindlichsten Stellen getroffen haben. Das geht immer so, wo man mit Vernunftgründen nicht mehr auskommt, müssen Grobheiten herhalten.

Ein recht klassisches Beispiel hierfür ist der Düwellsche Artikel in Nr. 6. Um zu beweisen, mit welcher „Noblez“ man kämpft, einige Gegenüberstellungen. Früher, glaube ich, hätte der Vorstand sich eine derartige Mitarbeitergewerkschaft verbeten, heute verfällt Schicksal in die nämlichen Märgeln. Düwells macht mir zum Vorwurf, ich sei persönlich geworden, ungeschicklich, ich hätte die Kollegen zu urtheilslosen Tröpfchen gestempelt usw. Wenn man Jemandem einen solchen Vorwurf macht, dann muß man mindestens sich selbst einer derartigen Handlungsweise enthalten. Was thut aber Kollege Düwells? In jedem Satz regaliert er mich mit Anwürfen schlimmster Art, diese fall'n somit auf ihn selbst zurück. Auch direkte Unwahrheiten kommen bei ihm vor, er sagt: „Die Gegner der mühsam gefügten Zentralorganisation werden zu Hilfe gerufen.“ Wo in aller Welt steht das in meinen Ausführungen geschrieben? Ich machte nur darauf aufmerksam, daß die Gefahr drohe und nicht außer Acht zu lassen ist, wenn nicht anders wir Vogelstrauchpolitik treiben wollen. Der demagogische Charakter, den derartige Ausführungen haben, zeigt sich zu unverhüllt, als daß davor besonders gewarnt werden müßte. Stimmung wird man damit bei klaren denkenden Kollegen auch damit nicht machen können, wenn man von Verbeugung spricht; so lange das Recht der freien Meinungsäußerung in unserer Organisation besteht, werden wir Gebrauch davon machen ohne irgend einem Kollegen, der eine andere Meinung hat, der Urtheilsunfähigkeit zu beschuldigen. Ich lasse bei Düwells den Unstand gelten, daß er da unten im schwarzen Ruhrgebiet sich sehr mit dem niederen Klerus herumzuschlagen hat und da unbewußt deren Kampfmethode einem Kollegen gegenüber anwendet, die anzuwenden selbst ein höherstehender Zentrumsmann sich scheut. Daß sein Blick nicht über das Ruhrgebiet hinausreicht, beweist er mit dem letzten Satz: „Gerade die kleinen Verwaltungsjstellen werden wenigstens im Ruhrgebiet, durch die Arbeitslosenunterstützung einen Aufschwung nehmen.“ Also deshalb, weil einige Jagdstellen im Ruhrgebiet sich einen Aufschwung davon versprechen, sollen alle Kollegen gezwungen werden, die Sache mitzumachen.

Sie werden's nicht, behaupte ich, mit oder ohne Unterstützung, so lange Leute vom Schlage Düwells ihr Wesen treiben; dafür ist das „Eingekandt“ in derselben Nr. 6 Beweis. Seit wann ist es üblich, sich mit kläffendem Geheul auf anonyme Einsender zu stürzen und einigen Genossen, die man zu kennen vorgibt, Malicen an den Kopf zu werfen? Es gehört zur obigen Kampfmethode.

Die Kollegen und Leser der Zeitung werden es mir verzeihen, wenn ich auch kurz noch Schlüsse antworte, obwohl ich selbst der Meinung bin, daß des Guten fast schon zu viel

geschehen. Auf meinen Wochensartikel geht Schlicke vorerst nicht ein, sondern greift nochmals auf meinen ersten Artikel zurück und scheint ihm der Ausdruck „Rechenkunststücke“ usw. schwer im Magen zu liegen. Was ist es aber anders, wenn man, aus Wahrscheinlichkeitsrechnungen folgernd, Behauptungen aufstellt, die jedes Beweisgrundes entbehren? Solch Zahlenmaterial wirkt blendend und ich beliebe die Dinge mit dem richtigen Namen zu bezeichnen. Kollege Schlicke hat mir in seiner ersten Erwiderung vorgeworfen, ich müßte als Mitglied des Ausschusses wissen, daß die Zahlenangaben betr. den Mitgliederstand richtig seien. Ich antworte ihm darauf, daß dies unmöglich ist, denn der Vorstand könne dies ja selbst nicht. Statt die Möglichkeit nachzuweisen, daß man bestimmt feststellen kann, wie groß der Mitgliederstand ist und rund und nett meine gefällte Frage beantwortet, kreist man aus und sucht seinen Rückzug mit einer Reihenfolge lieblicher Rosenamen auf mich zu decken. Eine Fluktuation besteht; dies zu leugnen wäre Wahnsinn, aber sie ist nicht so groß, wie der Vorstand behauptet und wird in jeder großen Organisation immer, auch mit dem Unterstützungswesen, vorhanden sein. Beweis: Zentralfunktionäre der Metallarbeiter. Die Verwahrung des Ausschusses „wirkt komisch“ wird weiter gesagt, „ist denn der Ausschuss angegriffen worden?“ Nein.“ Weßhalb muß dann der Ausschussvorsitzende herhalten? Hat der Ausschussvorsitzende als solcher sich etwa an der Diskussion beteiligt? Nirgends. Gut, dann lasse man denselben aus dem Spiel, wenn man keine Nebenabsichten, was ich nicht annehmen will, hat. Gegen dieses indirekte Hineinziehen des Ausschusses verwehrt sich derselbe und weist gleichzeitig darauf hin, daß man es abwarten möge, er werde beweisen, daß er seine Pflicht gethan, denn der Hinweis, daß ich als Ausschussvorsitzender wissen mußte (was selbst der Vorstand nicht weiß), wie groß die Fluktuation ist, enthält einen indirekten Vorwurf, denn entweder bin ich als Ausschussmitglied zu dumm oder zu leichtfertig, dies festzustellen. So weit ist ja Schlicke glücklich gekommen, daß er sagt: „Dejnung versteht es nicht besser.“ Warum denn nicht gleich so? Manches Mißgeschick wäre ihm in seinen Erwiderungen nicht passiert.

Die amtliche Statistik will nun auch Schlicke bei Seite lassen, er rät mir, unsere Arbeitslosenzählung vom Jahre 1896 zu benutzen. O Sancta Simplicitas! möchte man da ausrufen. Hat denn unser Freund die Kritik nicht gehört, die man in Braunschweig an derselben geübt? Es scheint fast so, denn sonst hätte man sich bemüht, die gerügten Fehler abzustellen und eine neue Zählung vorgenommen. Ich danke für den Rath, muß es aber ablehnen, denselben zu befolgen, in eine Sadgasse reime ich nicht, das überlasse ich Anderen. Oder glaubt Kollege Schlicke, ich hätte den Rechenfehler Vorhölzer's nicht gemerkt und wüßte nicht ganz genau, daß er darauf vom Vorstand heringelegt wird? Das ist ja eben das Pech, Rechnen mit Wahrscheinlichkeiten. Unsere Statistik hätte noch einmal gemacht werden können, aber einfacher und praktischer.

Des Weiteren müßt sich Kollege Schlicke ab, Dies und Jenes über die Buchdrucker, Pisch-Dunder'schen usw., gepöbelt mit obligaten Redewendungen, zu beweisen, und behauptet zum Schluß, daß „die englischen Gewerkschaften kein Jota von ihrer Kampfnatur eingebüßt haben.“ Allerdings, wo nichts ist, geht nichts verloren. Die englischen organisierten Arbeiter kämpfen zwar, ja, aber nur für sich, die Allgemeinheit selbe wo sie bleibe. Würden die englischen Arbeiter den Kampf führen wie die deutschen, dann müßten sie längst dahin gekommen sein, Besitz von der politischen Macht zu nehmen, denn nur diese in der Hand der Arbeiterklasse, sagt Karl Marx, sichert allen Menschen ein menschenwürdiges Dasein. Diese „Kampfnatur“ war nicht bei den Engländern und kommt nicht dahin und die deutschen Arbeiter würden schließlich in denselben Fehler verfallen, wenn sie englische Einrichtungen trafen. Weßhalb geben sich Schlicke und Andere so Mühe, mich zu widerlegen? Wenn ich, wie behauptet wird, so unsinniges Zeug geschrieben, so werden es die Kollegen zu würdigen wissen.

Daß die Diskussion eine derartige Form angenommen hat, ist nicht meine Schuld, ich habe nicht so geschrieben, daß derartige grobe „Erwiderungen“ nötig waren, ich habe dann jetzt entsprechend dem Grundsatz „auf einen groben Klog gehört ein grober Keil“ geantwortet. Aber soll es so weiter gehen? Mir kann's schon recht sein; ich begreife es aber, wenn die übrigen Mitglieder sagen: Jetzt ist's genug davon, wenn Ihr wirklich der Organisation nützen wollt, so redet über andere, ebenso notwendige Dinge. Ich bin dabei.
Frankfurt, 18. Febr. 1899. S. Dejnung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Bekanntmachung.

An die Zentralwahlkomitees richten wir hierdurch das Ersuchen, uns sofort nach Zusammenstellung der Wahlergebnisse den Namen (Vor- und Nachnamen), den Beruf und die Wohnung der gewählten Delegierten mitzutheilen.

In letzter Zeit sind mehrfach Streiks ohne Beachtung der einschlägigen Bestimmungen des Statuts inszeniert worden. Wir verweisen in dieser Beziehung auf § 21 des Statuts mit dem Bemerkung, daß die Nichtachtung der betreff. Bestimmungen die Nichtanererkennung des Ausstandes und Verweigerung der Unterstützung aus Verbandsmitteln nach sich zieht.

Besonders aber warnen wir vor der Inszenierung von Streiks wegen Maßregelung einzelner Personen, ehe der Vorstand über dieselben zu Rathe gezogen worden ist.

- Folgende Mitgliedsbücher sind ungültig und aufzuhalten:
Nr. 2694 des Drehers Heinrich Kredel, geb. zu Nürnberg am 11. September 1873.
83982 des Schlossers Louis Döhring, geb. zu Schlofen am 28. Mai 1862.

- 100826 des Formers Albert Sähne, geb. zu ? am 20. Oktober 1864.
106887 des Schlossers Heinrich Echterbeck, geb. zu Bielefeld am 14. Juni 1874.
122245 des Schlossers Hermann Meyer, geb. zu Hamburg am 31. Juli 1869.
144037 des Werftarbeiters Hermann Wolf, geb. zu Hamburg am 21. November 1867.
180647 des Drehers Adam Jungen, geb. zu Trier am 11. Juni 1874.
229583 des Drehers Franz Faul, geb. zu Nietleben am 13. April 18 ?.
251258 des Schlossers Camillo Laburde, geb. zu Münchengräß am 2. Juli 1879.
268839 des Klempners Karl Brodmann, geb. zu Tönning am 3. Januar 1879.
270337 des Schlossers Josef Fritsch, geb. zu München am 13. Oktober 1879.
271608 des Klempners Reinhold Röniger, geb. zu Larna am 23. Januar 1880.
277442 des Schlossers August Göbe, geb. zu Staffel am 1. März 1881.
280120 des Schlossers Gustav Sähnen, geb. zu Brefeld am 4. Juni 1872.
281503 des Klempners Franz Wanhof, geb. zu Danzig am 17. Juni 1870.

Ausgeschlossen aus dem Verband werden nach § 3 Abs. 7 des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Bamberg: der Maschinenarbeiter Jakob Rtd., geb. zu Neuhofen bei Ludwigsbafen am 6. Mai 1871, B.Nr. 151,048, wegen Entwendung von Verbandsgeldern.
Nachträglich wird hiermit der am 8. Juli 1898 auf Antrag der Verwaltungsstelle Neumarkt i. D. wegen Veruntreuung von Verbandsgeldern vollzogene Ausschluß des Formers Johann Hertel, geb. zu Glashammer-Nürnberg am 28. Juli 1862, B.Nr. 2525, bekannt gegeben.

Gegen den Former Ludwig Tromer aus Koburg, Buch-Nr. 283824, liegt ein Ausschlußantrag der Verwaltungsstelle Neumarkt i. D. wegen Zerschmettererei, Unterschlagung der Kassa der Verwaltungsstelle Neumarkt i. Oberpf., vor und wird Tromer hierdurch zur Rechtfertigung bis spätestens zum 18. März aufgefordert.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an **Theodor Werner, Stuttgart, Neckarstraße 160/1,** zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.
Mit kollegialen Gruß
Der Vorstand.

Korrespondenzen.

Former.

All- und Neugersdorf. Von der Firma Lindner wurden einige Schlosser vor die Alternative gestellt, entweder aus dem Verband auszutreten, oder ihre Arbeit aufzugeben. Ist das nicht der uns so oft vorgeworfene, strafwürdige Terrorismus, Herr Wutschink? Doch wenn zwei dasselbe thun, so ist es ja nicht dasselbe. — Es ist auch immer dafür gesorgt, daß der Humor bei der Sache nicht ausgeht. Kam da neulich ein Kunde aus Baugen, ein gewisser Herr Rindermann, Waschmaschinenfabrikant, ins Streik-Local. Natürlich war derselbe nicht von der Firma geschickt; er erzählte uns, daß er keinen Guß bekommen könne, das könnte doch nicht so fort gehen, die Firma würde ja ruiniert und sie würde schließlich überhaupt keine Former mehr brauchen, auch habe ja die Firma immer für genügende Arbeit gesorgt und auch erhalten, weil dieselbe einen guten Guß liefere „und es auch einen Groschen billiger mache als die Anderen“. Derselbe Herr machte uns schließlich den Vorschlag, eine Ausschussversicherungskasse zu gründen. In dieselbe sollten wir $\frac{2}{3}$ und die Firma $\frac{1}{3}$ einzahlen. Nach einigen Unterhandlungen machte er den bescheidenen Vorschlag, daß jede Partei die Hälfte einzahlen solle. Als wir uns genügend amüßirt hatten, erklärten wir dem Sonderling, daß es doch viel einfacher wäre, wenn wir nur $\frac{1}{2}$ oder die Hälfte für den Ausschuss, der ohne unser Verschulden entsteht, bezahlt verlangen. Uebrigens erklärten wir ihm, daß jetzt die Firma an der Reihe wäre, Unterhandlungen anzuknüpfen und nicht wir. Da ging er und soll heute noch wiederkommen. Bemerken wollen wir noch, daß die Firma einen Arbeitswilligen, den Former Aug. Thierig aus Breslau gefunden hat; denselben soll sie aus Berlin geholt haben.

All- und Neugersdorf. Der Streik dauert un verändert fort. Die Firma will uns aushungern, was ihr aber schwerlich gelingen dürfte. Aus welchem Grunde die Firma im Stande ist, den Guß „einen Groschen billiger“ zu liefern als andere, ist aus Folgendem ersichtlich: Früher wurden Kollersteine zum Kollergang für Schmelzer-Bittau hier gemacht, 4 Stück 50 Zentner schwer. Dafür erhielt der Former pro Stück 20 „, jetzt werden dieselben in Baugen gemacht, dort bekommen die Former 39 „ pro Stück. Also fast 100 Prozent mehr! Weiter werden für Pianoplatten pro Stück 1,80—2,50 Arbeitslohn gezahlt, wogegen in Georgsvalde, unserem Nachbarort, für dieselben Platten 3 bis 5 „ gezahlt wird. Diese Beispiele beweisen, daß die Profratrate des Herrn Lindner trotzdem er „einen Groschen billiger“ liefert, noch um ein Erkleckliches höher als bei Anderen ist. Dadurch ist auch Herr Lindner in 11 Jahren ein reicher Mann geworden. Seine Former, die 5 bis 11 Jahre lang diese Reichthümer mit schaffen halfen, haben jetzt Zeit, sich zu überlegen, was sie sich erübrigt haben.

Frankfurt a. M. Bezug von Formern ist von der Eisengießerei von Beyer & Sohn, Sandweg dahier, streng fernzuhalten. Weiterer Bericht folgt.

Chemnitz. Am 13. Februar fand hier eine Metallarbeiterversammlung statt, zu welcher auch Mitglieder des Zentralvereins der Former erschienen waren. Auf der Tagesordnung stand als 1. Punkt: Die Einigungsbestrebungen der

Former. Hierzu führte Niemann folgendes aus: Die Former waren auf allen Kongressen vertreten und haben immer betont, daß ein Zusammengehen nothwendig sei. Die Minorität in Frankfurt war nur eine geringe. Die beiden Organisationen haben sich in den letzten Jahren nicht befehdet. Der geplante Formertag sei nicht kompetent zu entscheiden, da er keine Direktive von der Hauptverwaltung habe, auch sei es nicht Sache der Generalkommission einzugreifen; vielmehr müssen die Einigungsbestrebungen von beiden Theilen kommen, dann werden auch die beiderseitigen Vorstände gezwungen sein, dem nachzugeben. Der Aufruf der Braunschweiger Former wird verlesen und bemerkt: Wollte oder könne man sich heute nicht einigen, dann sei es besser, beide Organisationen gehen ihren Weg wie bisher. Die Vereinigung werde und müsse kommen. Schon dort habe seinerzeit Großes geleistet bezüglich der großen Vereinigungen. Dieselben würden auch heute Großes leisten, wenn sie stark und einig seien. Ein Kartellvertrag führe nicht zum Ziel. Die Unternehmerverbände kennen auch keine Branchenunterschiede, wenn es gilt, den Arbeiterorganisationen entgegenzutreten; sie zeigen auch uns den Weg. Wir leben im Zeichen des Rudthauskurses, darum gelte es einig zu sein. — In der Diskussion bemerkt zunächst Sch., er habe die Versammlung der Former besucht und eine ganz andere Meinung erlangt. Man stelle die Former als ganz andere Leute hin, er habe das nicht gefunden. Ihm sei es sonderbar, daß außerhalb des Rahmens des Statuts stehende Leute einen Formertag anregen. Die Former haben sich als Kollegen der Metallarbeiter zu fühlen; wir sind Arbeiter und sollen und nicht befehlen. K. hält ein Kartell nicht für gut, die Former werden von selbst kommen. Jungmittag (B.-W.) bemerkt, sie seien gekommen, die Meinung der Metallarbeiter zu hören, wäre dieselbe so wie in Leipzig, so wären wir längst weiter. Die Braunschweiger und Leipziger hätten sich an die Generalkommission gewandt, eine Einigung herbeizuführen. Der Vorstand der Former werde auf dem Formertag für Einigung sorgen. Die Chemnitzer Former seien niemals den Metallarbeitern entgegengetreten, jede Organisation ging ruhig für sich. Sie wären für einen Formertag. Beide Organisationen haben schon viel erreicht, eine Zerplitterung wollen wir nicht, den Rückschritt der Feilenhauer begehen wir nicht. Die heutige Zeit zwingt zur Vereinigung. Gründig (B.-W.): Es ist nicht richtig, mit vorgefasster Meinung auf den Kongress zu gehen, auch ich stehe auf dem Standpunkt der Vereinigung. S. Niemann: In Frankfurt sei betont worden, sich fest zu organisieren; wollen die Former sich nicht anschließen, so mögen sie für sich weiter arbeiten. Gastan (B.-W.): Man habe heute in einer Weise gesprochen, die nicht nach Vereinigung aussehe, auch er sei für Vereinigung. Zuschwerdt: Bei gutem Willen von beiden Seiten läßt sich viel erreichen. Getrennt marschieren heißt heute einzeln geschlagen werden. Nickel: Nur einzelne Orte, nicht die Gesamtheit der Feilenhauer habe s. B. dem Verband den Rücken gekehrt. — Zum 3. Punkt wird beschlossen, die Landeskonferenz durch 3 Delegirte zu beschicken. Gewählt werden Krause mit 61, Weber mit 37, Nickel mit 31 Stimmen.

Ziel. Den bisherigen Berichten über die Ursachen des Streiks der Former auf den Hormaldt-Werken in Diedrichsdorf ist noch Folgendes nachzutragen: Unter der Begründung, daß die Former mehr verdienen sollten, wollte sie der neue Ingenieur zum Eingehen auf Stücklohn veranlassen, nachdem bisher stets in Stundenlohn resp. Lohnakkord gearbeitet wurde. Gleichzeitig erklärte er jedoch, daß er beispielsweise für ein Stück Arbeit, welches nach der bisherigen Entlohnung auf etwa 6 „ gekommen war, dieses „lange nicht“ zahlen zu wollen; die Former setzten jedoch diesen Bestrebungen des Vizeleiters den geschlossenen Widerstand entgegen. Die Folge war, daß die Former jetzt weniger verdienen, indem ihnen pro Stunde 1—12 „ weniger wie früher ausbezahlt wurden. Da auch die Behandlung eine schlechtere wurde, so faßten die Former in einer Werkstättenbesprechung den Beschluß, durch eine Kommission der Firma „Hormaldtwerke“ selbst die Bitte um Aenderung der jetzigen Zustände, resp. es beim früheren Verhalten zu lassen, vorzutragen. Gleichzeitig wurde auch ein Schriftstück ausgearbeitet, welches die Wünsche und Beschwerden der Arbeiter zusammenfaßte, und der Firma unterbreitet. Die gewählte Kommission wurde jedoch nicht anerkannt und der Ingenieur Starke suchte sich selbst eine Kommission zusammen, lauter Leute, die die Sache ihrer Kollegen nicht zu führen im Stande waren. Statt besser, wurden die Zustände schlechter und insbesondere die Mitglieder der Kommission wurden fortgesetzt chikanirt. Stundenlang konnte dieser Herr auf einem Fleck stehen und den Formern auf die Finger passen. Unter Anderem verlangte er auch, daß ein Stück Arbeit, zu dessen Fertigstellung sonst etwa 15 Stunden erforderlich gewesen, jetzt in 5 Stunden hergestellt werden solle. Sein ganzes Bestreben ging darauf hinaus, da er es wohl auf einen Gewaltstreik nicht ankommen lassen wollte, namentlich die Hauptstützen des Widerstandes gegen seine Verschlechterungsbestrebungen zur Uede hinauszutreten. Was darauf erfolgte, ist in letzter Nummer mitgetheilt.

Ziel. Zum Formerstreik bei Hormaldt. Die Direktion der Hormaldtwerke stellt sich auf den den Verhandlung und Beschprechung schroff ablehnenden Standpunkt des Unternehmertums. Auf das Schreiben der Streikenden, in dem nicht die geringste Forderung auf ein Mehr gegen die früheren Verhältnisse enthalten, sondern nur die Belassung beim Alten gewünscht und um eine mündliche Besprechung ersucht wird, ist letzte Woche den Streikenden eine Antwort zugegangen. Es heißt da: „Es ist nothwendig, daß hier ebensoviele geleistet wird, wie in anderen Stahlwerken, damit wir auf dem Markt konkurrenzfähig sind. Wenn das nicht zu erreichen, so muß die Stahlgießerei eben eingehen. Eine Arbeitseinstellung kann an dieser Sachlage nichts ändern und hat es daher keinen Zweck, weiter zu verhandeln.“ Die ganzen Jahre ist die Leistung genügend gewesen, nicht der geringste Vorwurf ist den Arbeitern gemacht und nun, unter dem neuen Leiter, geht der Krach los, das zeigt denn doch deutlich, wenn die Schuld beizumessen. Bedinglich also, um mehr Mehrerwerb aus den Knochen der Arbeiter herauszupressen, ist dieser Ingenieur eingestellt. Und wenn die Arbeiter dieses durch ihren geschlossenen Widerstand verhindern können, so wird die Direktion eben auch nicht den Betrieb eingehen lassen. Ihre diesbezügliche Versicherung schmückt denn doch etwas gar zu sehr nach der famosen Erzählung, die Dickens in „Harte Zeiten“ von den „Spinners

den Schlotfeld" gibt. So wie nur im Geringsten etwas ihren Profit zu schmälern drohte, ergründen sie sich in den lebhaftesten Versicherungen unter diesen Umständen lieber ihr ganzes Kapital in das atlantische Meer zu werfen, als weiter zu produzieren. Aber bei diesen Versicherungen blieb auch, in der Wirklichkeit nahmen sie ihr Kapital sehr in Acht und dieses gedieh und mehrte sich. Ehe die Direktion der Howaldtwerke die vielen Tausende der Anlagekosten des Stahlwerks und die Tausende des daraus jährlich erzielten Ueberschusses fliegen läßt, macht sie es auch wie die Spinner von Schlotfeld, läßt die Schöte ihrer Stahlfäßen weiter qualmen und begnügt sich mit dem Bisherigen. Von der Firma ist der früher in Budau-Magdeburg thätige Former Schlader als Streifbrehereagent ausgeschied. Als willige Arbeitskraft hat der Biegemeister einen 18-jährigen Fengel, der bislang als Nietenwarmmacher im Schiffsbau thätig gewesen, gefunden, den er nun zu Streifbreherdiensten anlernt. Auf den geldhungrigen, profitwärtigen Standpunkt der Firma wirkt noch ein Licht ein Vorkommniß, das sich jetzt bei den Werftschlössern derselben Schiffswerk abspielt und das wir zur Kennzeichnung des Standpunktes dieser Schiffsbauindustriellen noch bringen müssen. Also die Tischler hatten, schon bevor die Former die Arbeit niederlegten, um eine Lohnaufbesserung nachgehakt. Dieselbe ist durch nachfolgendes Schreiben, das die Tischler dieser Lage erhielten, abgelehnt. „An die u. s. w. Ihre Eingabe vom 10. d. M. erhielt ich und habe ich die Verhältnisse inzwischem gründlich untersucht. Es stellt sich heraus, daß ein durchschnittlicher Lohn von 34% A pro Stunde gezahlt wird, nicht unter 33 und nicht über 37 A. Es stellt sich ferner heraus, daß die Durchschnitts-Arbeitszeit 3260 Stunden im Jahr betragen hat, bei einem Durchschnittsverdienst von 1253,89 M = 38% A per Stunde. Von einer nicht auskömmlichen Löhnung kann also keine Rede sein. Ebenso widersprechen die Thatfachen den Angaben, daß die Akkordsätze zu gering bemessen, da Ueberschüsse bis zu 25 Proz. und durchschnittlich 10 Proz. über den Tagelohn erzielt sind. Wenn also daran liegt, für seine Familie einen besseren Verdienst zu machen, der hat hier die Gelegenheit dazu und wird nichts weiter verlangt von ihm, als daß er stetig fortarbeitet und sich jeden Vortheil zu Nutze kommen läßt. Eine Herabsetzung der Akkordsätze hat auch nicht stattgefunden, anders als wenn durch Erleichterung der Arbeit mittelst verbesserter Maschinen ein Aequivalent geboten ist; dann hat das Werk die Kosten der Maschinen getragen. Für mich ist das durchgreifendste Argument, weshalb eine Verbesserung der Verhältnisse nicht angängig ist, daß in den letzten Jahren die sämtlichen Arbeiter mehr Lohn bekommen haben, als die Waaren die sie herstellten, werth waren, weil sie sich nicht mit Nutzen verkaufen ließen. Den Nachweis für die Richtigkeit dieser Behauptung liefern die Bücher. Wenn jetzt in den nächsten Jahren ein Ueberschuß erzielt werden sollte, so wird zunächst eine Stärkung des Werkes für kommende schlechtere Zeiten erforderlich, und erst wenn dauernd bessere Zeiten kommen sollten, so wird es möglich sein, wieder eine Erhöhung der Löhne einzutreten zu lassen.“ — Sollte man glauben, daß ein solches Schreiben von den Howaldtwerken ausgehen könnte, unterschrieben vom Kommerzienrath Georg Howaldt? Soll dieses eine offene Verhöhnung der Arbeiter sein, oder glaubt die Direktion, daß die Arbeiter keine Ahnung von den Geschäftsergebnissen der „Howaldtwerke“ hätten? In den letzten Jahren sind folgende Dividenden vertheilt:

1892/93	8 Proz.	} auf 2 Mill. Mark Aktienkapital
1893/94	8	
1894/95	8	
1895/96	6	
1896/97	6	} auf 2 1/2 Mill. für ein ganzes, auf 1/2 Mill. für ein halbes Jahr

Das Ergebnis für 1897/98 liegt noch nicht vor. 1895/96 wurde ein Reingewinn von 265,000 M erzielt bei Abschreibungen von 95,000 M. 1896/97 waren die diesbezüglichen Summen 347,221 M und 121,498 M. In den letzten zwei Jahren hat die Werk ihr Aktienkapital von 2 auf 3 Mill. Mark erhöht, zur Erweiterung ihrer Anlagen und Verfürgung ihrer Betriebsmittel. Diese Aktien sind zum Kurse von 117% veräußert, so daß die Werk hieraus einen Reingewinn von 164,405 M erzielte. Der Referendats der Werk beträgt zur Zeit 302,000 M und der Kursstand der Aktien war im November 1898 an der Berliner Börse 146. In das Geschäftsjahr 1897/98 trat die Werk mit Aufträgen in Höhe von 3,011,000 M, bis 1. April 1898 traten neue Aufträge für 3,551,000 M hinzu. Und angeführt dieser den Geschäftsberichten der Werk entnommenen Angaben wagt die Werkleitung zu schreiben, daß die Arbeiter und noch dazu sämtliche mehr Lohn erhalten, als ihre Arbeit werth gewesen. In der That, es geht nichts über die Unverschämtheit eines deutschen Unternehmens. Der knappe Raum hindert uns noch auf die Eingangs im Schreiben mitgetheilte Durchschnitts-Jahres-Arbeitszeit von 3260 Stunden einzuweisen, nur hinweisen wollen wir auf die Unsumme von Ueber-, Nacht- und Sonntagsstunden, die in dieser Zahl enthalten. — Der Zugang von Formern ist stetigstens ferngehalten.

München, 19. Febr. Im Gasthaus zum „Ober-Ott“ fand heute Vormittags 10 Uhr eine gut besuchte Mitgliederversammlung der Sektion der Former des D. M. A. statt, deren Hauptberathungspunkt war: „Einigungsbestrebungen und Formierung in Götting.“ Der Referent Kollege Springer führte aus: Man habe diesen Punkt auf die Tagesordnung gesetzt, um den Formern Deutschlands unsere Stellung in dieser Frage kund zu geben. Die Notwendigkeit des Zusammenstehens aller Metallarbeiter wurde Angesichts der bevorstehenden Kampfe von Niemand geleugnet worden. Durch ein Kartellverhältnis aber, wie es die Kollegen in Leipzig vorgeschlagen, würden die Möglichkeiten nicht beseitigt; die Spaltung würde fortwähren und damit das gegenseitige Abhängigwerden der Mitglieder. Gerade bedauerlich sei aber die Disziplin ungenügend. Nicht selten führe dies zu persönlichen Nebenreden. Wenn Kollege Schwarz behauptet, daß das Kartell nicht zu Stande kam (laut „Blut auf“), so behauptet er (Meiner) vielmehr, daß die Former gehalten wurden und Rücksicht in ihre Reihen getragen wurde. Wenn Schwarz meinte, daß sämtliche Organisationen der Metallarbeiter dem koalirten Unternehmertum ein Paroli setzen können, so sei es Pflicht der Former, bei dem Aus-

bau des Industrieverbandes mitzuarbeiten. Seitdem Kollege Grenz hier war (letzten Sommer) sind wir für die Vereinigung thätig gewesen. Wir sind auch eingetreten dafür, daß man den Vorschlägen des Kollegen Höchner näher trete; er (Meiner) könne aber offen sagen, daß die Mitglieder der Sektion mit den Vorschlägen H.'s nicht einverstanden waren; sie seien aber für ein Mittel zum Zweck gewesen; wir haben auf unsern Vorstand eingewirkt, daß den Kollegen des Zentralvereins Konzeptionen gemacht würden. Das sei nun erfolgt. Der Meiner verliest die Erklärung des Hauptvorstandes in Nr. 5 der „M.-Bl.“ und hofft, daß die Kollegen des Zentralvereins die verhängende Hand annehmen und ihrerseits auch auf ihren Vorstand, der leider die Former noch wartet vor dem Metallarbeiterverband, einzuwirken suchen. Ueber den Vorschlag des Kollegen Höchner äußert sich Meiner dahin, daß wenn die Former nur einen Zweigverein des Metallarbeiterverbandes bilden wollen, so könne man event. dieses Recht ändern Branchen nicht verjagen, und die Folge würde sein die Auflösung des Industrie-Verbandes. Im Grunde genommen seien die Sektionen nichts Anderes als Zweigvereine, der Idee Höchners sei also schon Rechnung getragen. Der Referent erwähnt dann ferner, daß die Sache auf der Generalversammlung des D. M. A. zur Sprache kommt auf Grund der vorliegenden Anträge. Man könne es daher nicht scharf genug verurtheilen, wenn die Braunschweiger Kollegen auf dieselbe Zeit (Ostern) einen Formertag einberufen, trotzdem sich die Mehrheit der Former dagegen erklärt hat. Es sei eine Annahme seitens der Braunschweiger Kommission, die deutlich durchblicken lasse, daß es ihr darum zu thun ist, die Former vom Metallarbeiterverband abzuspaltren. Es sei ein Kniff, der parat werden müsse durch einmüthigen Protest. Kollege Martin bedauert das Abhalten eines Formertags zu Ostern, ebenso Kollege Bechter. Letzterer spricht in längeren Ausführungen gegen die Vorschläge Höchners; er bedauere, daß er am 11. Dezbr. die Versammlung nicht hätte besuchen können, er wäre damals schon dagegen aufgetreten. Betreffs des Formertags stellt er den Antrag, eine öffentliche Protestversammlung zu arrangiren. Kollege Seiler spricht im Sinne des Referenten und hat den Auftrag, gegen den Formertag zu protestiren im Namen der Sektion der Metallformer. Kollege Weber nimmt die Braunschweiger Kommission in Schutz gegen die Sektion, welche ihr zu Theil geworden. Sodann geht Kollege Freisinger noch scharf in's Gericht mit der Braunschweiger Kommission, verliest die letzte Erklärung derselben, wonach der Formertag bindende Beschlüsse zu fassen habe. In Wirklichkeit werde sich doch Niemand darnach richten, weder die Mitglieder vom Zentralverein noch vom Metallarbeiterverband. Nachdem der Referent noch betont, daß der Formertag nichts Gutes schaffen könne, wird ein Antrag im Sinne der Ausführungen des Referenten mit großer Mehrheit angenommen, worin auf das Entschiedenste protestirt wird gegen die Abhaltung des Formertags. — Die Abrechnung von der Fächlings-Unterhaltung ergab einen Ueberschuß von 58,34 M. Davon erhielten: die Sektion der Metallgießer 28,54 M, die Weber in Stefeld 15 M und die Dresdener Beirathen 15 M.

München. (Telegramm.) Die öffentliche Formerverammlung vom 26. Februar, einberufen vom Zentralverein der Former, protestirt gegen die Abhaltung des Formertages in Götting mit allen gegen 1 Stimme. Bericht folgt.

Hürnbere. Zum Streik bei Schudert. Der Streik bei Schudert dauert unverändert fort. Die Direktion, an der Spitze Herr Bissinger, stellt sich auf den prozogenhaftesten Standpunkt, sie versucht alle möglichen Mittel, um sich über Wasser zu halten. Die Modelle, die Fortgeschickt werden, adressirt man erst auf den Bahnhof. Wir eruchen die Kollegen allerorts, dort wo Modelle austauschen, dieselben nicht zu formen.

Hürnbere. Im Gasthaus zum „Goldenen Engel“ (Gladshammer) fand eine kombinierte Formerverammlung statt. Die Tagesordnung war: Die Forderungen der Former, die Unverschämtheit der beiden Hauptvorstände, sowie das Verhalten der Arbeitergesellschaft Hürnbere. Aus den Berichten der Hauptvorstände sowie der Arbeiter Hürnbere war zu entnehmen, daß die Frage auf Abschaffung des Akkordes fallen gelassen werden solle, an Stelle dessen solle die Forderung auf eine Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit gesetzt werden. Es wurden verschiedene Anträge gestellt, von welchen folgender zur Annahme gelangte. Die Former Hürnbere verlangen Verkürzung der Arbeitszeit, eine 20prozentige Lohnerhöhung sowie Einführung eines Minimallohnes von 4,50.

Stavanger (Norwegen). Vor 10 Wochen brach hier in dem Werk „Stavanger Sjöberi & Dot“ ein Streik aus, an welchem sich 12 Former beteiligten, 5 Mann blieben zurück. Der Streik hat folgende Vorgeschichte: Bis zum Jahre 1892 wurden von der Direktion ununterbrochen Lohnabzüge gemacht und zwar bis zu 45 Prozent. Bisher behielten sich die Arbeiter ruhig und ließen sich von der Direktion auf bessere Zeiten vertrösten; die Konkurrenz und die ungünstigen Verhältnisse, hieß es, seien schuld daran, was freilich an den Dividenden nicht zu merken war. Nach 1892 begannen sich die Former zu organisiren und verlangten Lohnerhöhung, erreichten dann 5, 10 und 15 Prozent Zulage. Dann kam ein neuer Werkführer, die Verhältnisse verschlechterten sich und das Ertrugene ging wieder verloren. Seit 1897 ist die Geschäftslage fortwährend im Stürzen begriffen. Die Former traten wieder mit ihren Forderungen hervor, seit 1897 haben also die Differenzen. Der vor 10 Wochen ausgebrochene Streik ist heute noch nicht beigelegt. Er ist in Norwegen, Schweden und Dänemark zu bekommen erwies sich als unmöglich, nicht ein einziger Mann kam. Die Streikenden werden von den organisierten Arbeitern unterstützt, die Bevölkerung sympathisirt mit den Ausständigen, karzma, die Verhältnisse lagen günstig. Da sandte die Direktion einen Agenten Namens Schreiner nach Deutschland, um Streifbrehere anzuwerben. Schreiner gelang es, 4 Former zu engagiren. Die Erbitterung der Streikenden und der Bevölkerung war groß, zumal die Abrechnung gegen die Demüthigen in Folge der Ausweisungen der Skandinavier aus Norddeutschland sich vergrößert hatte. Dabei beschloßen wir Anschuldigungen. Es gelang uns jedoch schon am ersten Tage eine Unterredung mit den vermeintlichen Streifbrehere herbeizuführen und hier ergab sich denn, daß unsere deutschen Kollegen das Opfer eines ganz gemeinen Betruges geworden sind. Die Kollegen, von denen übrigens 3 verheimlicht sind,

sind von Schreiner unter falschen Vorpiegelungen hiehergelockt worden. Zu widerholten Malen ist von Schreiner entschieden verneint worden, daß hier die geringsten Differenzen existiren. Die deutschen Kollegen erklärten, sie seien selbst organisiert und würden niemals ihren kämpfenden Kollegen in den Rücken fallen, im Gegentheil, gemeinsame Sache mit denselben machen. Diese letzten Erklärungen wurden von den hiesigen organisierten Arbeitern mit großem Jubel aufgenommen und die Stimmung der Bevölkerung schlug natürlich sofort um. Die Erbitterung richtete sich nunmehr gegen die Direktion und Konforten. Die Situation schien günstig für die Streikenden zu werden, da sich die Direktion zu Unterhandlungen herbeiließ, was man kaum erwartet hatte, jedoch die Verhandlungen verliefen resultatlos, da die Direktion wohl Zugeständnisse, die Lohnforderungen betreffend, machen wollte, aber auf Entfernung der Streifbrehere wollte man nicht eingehen. Die Streikenden verlangten nämlich die Entfernung von 2 Formern, die sich bei Beginn des Streiks durch Unterschrift solidarisch erklärten, dann aber heimlich nach dem Komptoir liefen und ihre Kündigungen zurücknahmen. Der Direktor des Werkes, Herr Hans Falk, ist deutscher Konsul. Als Direktor für die Interessen des Werkes, als Konsul für die betrogenen deutschen Kollegen einzutreten, ließ sich nicht gut vereinbaren. Die deutschen Kollegen verlangten daher kurz entschlossen Lohn für drei Monate (man hatte vorher dreimonatlichen Kontrakt abgeschlossen). Die Direktion ging darauf ein. Unseren Kollegen soll wöchentlich der volle Lohn ausbezahlt werden, sie sollen jedoch am Orte bleiben. Der Grund dieses Mandats ist noch nicht recht ersichtlich, daher heißt es abwarten.

Klempner.

Breslau. In der Versammlung der Sektion der Klempner vom 4. Februar erstattete Blaschke den Bericht von der Bezirkskonferenz. Bei der Delegirtenwahl erhielt Blaschke 25, Bissel 13, Schäg und Hülke je 1 Stimme.

Hamburg. Sektion der Klempner. Mitgliederversammlung vom 15. Februar. Der Vorliegende gibt das Wahlergebnis zur Generalversammlung bekannt. Es erhielten Köpfe 183, Schneider 132, Viehschen 92 und Friggmann 81 Stimmen. Es sind Köpfe und Schneider gewählt. Zwischen den Sektionen war vereinbart, daß aus jeder Sektion nur ein Kandidat auftritt; dieses hat die Sektion Heizungsfach nicht innegehalten, indem der Kandidat der Klempner daselbst keine Stimme bekam. Sodann erhielt der Referent Stühmer das Wort über den Zweck und Nutzen des Spar-, Bau- und Konsumvereins. Derselbe erläuterte ausführlich die Vorgänge des Vereins und ermahnte die Mitglieder, zahlreich in denselben einzutreten. Der Korreferent Grünwald wies in längerer Rede nach, daß die Mitglieder sich keinen Illusionen hingehen sollten, indem es diesem Verein wohl ebenso wie der vertrackten Genossenschaftsbäckerei gehen würde. Es ließ folgende Resolution von Schiller ein: „Die heutige Versammlung der Klempner Hamburgs steht in der gegründeten Spar-, Bau- und Konsumvereins „Produktio“ ein Mittel zur Hebung der Lage der Arbeiter und begrüßt die Gründung auch als einen Anfang zur Erziehung der Arbeiter in der Produktion, sie empfiehlt daher den Kollegen den Beitritt zu dieser Organisation.“ Dazu ließ folgende Gegenresolution von Friggmann ein: „Die heutige Versammlung der Klempner Hamburgs steht das Vorgehen des Gewerkschaftsstarke in Bezug auf der Gründung des Konsumvereins „Produktio“ als verkehrt an, weil die Gewerkschaftsdelegirten dazu nicht beauftragt worden sind und die Gewerkschaften majoritirt seien. Es wird jedem Mitglied freigestellt, in den Verein einzutreten.“ Eine Diskussion über die beiden Resolutionen fand nicht statt; wegen der vorgerückten Zeit wurde dieselbe bis zur nächsten Versammlung vertagt.

Walgießer und Würtler.

Höhrnd. Der Streik der Walgießer bei den Firmen Walthez und Schöne ist zu Gunsten der Arbeiter ausgefallen. Bei der Firma Walthers, wo der Ausstand am 12. Januar ausbrach, war es sozusagen nur ein Abwehrstreik, da Herr Walthers den Arbeitern erklärte, daß er seine Bewilligung, die er am 2. Januar betreffs des Fehntundentags gegeben hatte, zurückziehe und von nun ab wieder 11 Stunden gearbeitet werden sollte. Daraufhin erklärten dieselben, daß sie die Arbeit niederlegen und sie stellten auch gleich verschiedene Forderungen: Einführung des Fehntundentags, Lohnerhöhung um 15 Proz., Regelung der Akkordarbeit und Entlassung des Arbeitswilligen Ritter. Da aber W. auf diese Forderungen nicht einging, beschloßen wir, auch in der Metallwaarenfabrik von A. Schöne vorzugehen, um den Sieg schneller zu erringen. Die Arbeiter von Schöne haben auch durch einen halbtagigen Ausstand die zehntündige Arbeitszeit, eine Lohnerhöhung und bessere Bezahlung der Ueberstunden errungen. Als dies Herrn Walthers vorgestellt wurde, erklärte er, daß er seine Arbeiter nicht wieder einstellen könnte, da zwei von denselben sich an ihm „vergriffen“ hätten, den Kollegen Berg überhaupt nicht wieder. Daraufhin hat auch kein einziger wieder bei Walthers angefangen, und er arbeitet nun mit seinen lieben Streifbrehern weiter und richtet mit ihnen wahrscheinlich den 15—16-Stundentag ein. Bei dem kleinen Sieg, den wir errungen haben, sind unsere noch fernstehenden Kollegen etwas munter geworden und unsere Zahlstelle ist dadurch gewachsen, denn in der letzten Versammlung konnten wir feststellen, daß 50 Prozent organisiert sind. — Die jetzige Adresse des Bevollmächtigten ist: Sigmund Schab, Pönnitzstraße 5, 1.

Metall-Arbeiter.

Abrechts i. Ch. In der Versammlung vom 5. Februar wurde als Bevollmächtigter Kollege Franz Ripberger gewählt. Bei der Delegirtenwahl fielen alle Stimmen auf Rudolph-Erfurt.

Chemnitz. Die „Presto-Fahrradwerke“ hier suchen häufig in auswärtigen Zeitungen Schleifer, Schlosser, Stadspanner, Monteur u. s. w., trotzdem in Chemnitz zahlreiche Arbeitskräfte für die Fahrrad-Branche vorhanden und auch arbeitslos sind. In vor einigen Jahren wurde sogar ein Vertrag zwischen den hiesigen größeren Fahrradfabriken abgeschlossen, keinen Arbeiter, der in einer der betreffenden Fabriken gearbeitet hatte, vor Ablauf von 6 Monaten in Arbeit zu nehmen. Nun ist es schon vorgekommen, daß Arbeiter auf Grund der Annoncen hierher kamen (darunter

och verheirathete), sie konnten aber, da alle Plätze besetzt waren, Arbeit nicht erhalten und mußten, um eine Erhaltung reichlicher und um mehrere Mark leichter, wieder abdampfen. Ein verheiratheter Schleifer kam von Apolda; nachdem er eine Zeitlang gearbeitet hatte, ließ er seine Familie nachkommen. Da er sich nun einmal krank gemeldet hatte, wurde er, als er sich wieder zur Arbeit meldete, sofort entlassen, andere Arbeit erhielt er nicht, und mußte dann seine Möbel verkaufen, damit er nur wieder von Chemnitz fort konnte. Die Arbeitszeit in der Fabrik ist von Früh 6 Uhr bis Abends 8 Uhr mit einer Unterbrechung von einer 1stündigen Mittags- und je 1/4 Stunde Frühstücks- und Pausenpause, also 12 1/2 Stunden. Diese überlange Arbeitszeit läßt sich auch nicht beseitigen, da unter der dortigen Arbeiterschaft ein Schmarotzersystem besteht, so daß eine Verabredung unter den Kollegen nicht zu erzielen ist. In der Schleiferei ist es hauptsächlich ein Mitglied des Arbeiterausschusses, das dem Schleifermeister alle Neuigkeiten zuträgt. Eines Morgens hatten die Schleifer einen Ull gemacht, wofür jeder mit einer Mark Strafe belegt werden sollte; dieses Arbeiterausschussesmitglied ging aber zum Schleifermeister und bezichtigte ein-n Kollegen als den nur allein Schuldigen, dadurch brauchten die anderen die Strafe nicht bezahlen, aber der bezichtigte wurde sofort entlassen, ohne daß sich ein Arbeitskollege um ihn kümmerte. Der Betroffene war ehrlich genug, nicht Gleiches mit Gleichem zu vergelten. Was den Schleifermeister Melcher betrifft, so scheint der zu glauben, daß er anstatt mit Arbeitern mit Zuchthäuslern zu thun hat, wenn man sieht, wie er mit seinen Leuten umgeht. Spricht einer mit seinem Nebenarbeiter einmal ein Wort und der Meister kommt dazu, so heißt es gleich: „Wenn es nicht paßt, kann gehen.“ Da Herr Melcher sämtliche Scheiben für die Schleifer leimt, wofür jeder pro Woche 1 M bezahlen muß, so kann es vorkommen, daß jemand bis zum Abend seine Scheiben nicht abholt; hierfür schreibt M. 25 M Strafe, ohne daß dieselbe in der Fabrikordnung vorgelesen ist. Sind aber die Scheiben nicht fertig, wenn der Schleifer sie braucht, so heißt es: „Ich habe keine Zeit“, und der Betroffene muß öfters stundenlang warten. Der Raum, wo sich die Schleiferei befindet, hat keinen direkten Ausgang ins Freie, sondern der Weg führt durch die Dreherei; er ist so finster, daß fast den ganzen Tag bei Nacht gearbeitet werden muß. Ventilation ist keine vorhanden, soll einmal frische Luft in den Raum, so muß die Thür zum Fahrstuhl nach geöffnet werden. Die Aborte befinden sich in einem solchen Zustande, daß sie allen hygienischen Anforderungen spotten.

Düren (Nhd.). In der Kupferschmiede, Metallgießerei und Dreherei von Jakob Scheyer fing am 14. d. M. ein Feuer an zu arbeiten, dem vom Prinzipal als erste Arbeit aufgegeben wurde, zur Kirche zu gehen, um sich ein Aischenkreuz zu holen. Als der Arbeiter andern Tags während der Vesperpause seine Fachzeitung las, frag ihn Sch., was er denn für eine Zeitung lese, worauf der Arbeiter erwiderte: Die Metallarbeiterzeitung. Stillschweigend ging der Meister hinaus, am Samstag gab er dem Gießer ohne Weiteres die Entlassung. Herr Scheyer baut eine Stunde von Düren noch eine Bude. Falle kein Kollege herein. — Auch in den andern Buden ist man nicht auf Hosen gebettet. Leider gehören von circa 200 Metallarbeitern nur vier dem Verbands an, dagegen sind sie fast sämtlich in den Klimbimvereinen.

Essen a. d. Ruhr. In der letzten Mitgliederversammlung der allgemeinen Verwaltungsstelle des D. M. V. hielt Kollege Hub einen Vortrag über: „Die Unfälle in der Metallindustrie und wie sind dieselben zu vermeiden?“ Redner führt aus: Jedes Mal, wenn ein Grubenunglück passiert, berichtet außer der Arbeiterpresse auch die bürgerliche Presse darüber und fordert mehr Schutz für die so gefährdeten Bergleute. Nun wird es Vielen unglücklich sein, wenn behauptet wird, daß in der Metallindustrie bedeutend mehr Unfälle vorkommen als im Bergbau. Und doch ist es leider so. So kommen laut Bericht der Rheinisch-Westfälischen und der Bergwerksberufsgenossenschaften auf 110,000 versicherte Arbeiter in der Metallindustrie 18,839 Unfälle. Das ist pro 1000 171,20. Im Bergbau kommen auf 1000 Versicherte 98 Unfälle. Von den 18,839 Unfällen in der Metallindustrie waren 1127 entschädigungspflichtig und unter dieser Zahl sind wiederum 46 Arbeiter unter 16 Jahren. Welche Unsumme von Noth und Glend hervorgerufen wird, kann sich wohl jeder Arbeiter ausmalen. Es verunglückten beim Putzen, Schmieben und bei der Bedienung an Maschinen, Transmissionsen z. 240, bei Fahrstühlen, Aufzügen, Krähnen z. 106. Auf Verbrennen durch ähende oder feurige Flüssigkeiten sind 90 Unfälle zurückzuführen, auf Zusammenstoß u. s. w. 117, durch Fall von Treppen, Leitern u. dgl. 100, Eisenbahnbetrieb 94 Unfälle. Die Hauptursache der Unfälle ist auf das in den Eisen- und Stahlwerken herrschende Akkordsystem zurückzuführen. Nach dem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrage gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme: „Die Statistiken der Unfallberufsgenossenschaften belehren uns unzweifelhaft, daß wir Metallarbeiter, besonders die in den Eisen- und Stahlwerken beschäftigten, alle Ursache haben, uns gleich den Bergleuten um eine Reform der Gewerbeinspektion zu bemühen. Kommen doch weit mehr Unfälle der Arbeiter in der Stahl- und Eisenfabrikation vor wie im Bergbau; sogar die schweren, entschädigungspflichtigen Unfälle ereignen sich bei uns in einem verhältnismäßig weit größerem Umfange, wie bei den Grubenarbeitern. Die Ursache dieser traurigen Erscheinung ist in dem Betriebssystem der Eisen- und Stahlwerke, speziell in der besonders für die Eisen- und Stahlfabrikation vorherrschenden unsummen Akkordwirtschaft zu suchen. Es ist den amtierenden Aufsichtsbeamten in Folge ihrer geringen Zahl und mangelnden praktischen Schulung nicht möglich, in ausreichendem Maße die Arbeiter in den Eisen- und Stahlwerken vor den Folgen des beliebigen Betriebssystems zu schützen. Ein Gebot der Nothwendigkeit erscheint es daher, praktisch gebildete Arbeiter, von ihren Berufsgenossen gewählt, zur Betriebsaufsicht staatlicherseits zu verwenden. Nur eine auf solche Weise reformirte Betriebsinspektion ist in der Lage, eine ständige Verminderung der heute fortgesetzt steigenden Unfallziffer in unserem Gewerbe herbeizuführen. Der Vorstand des Metallarbeiterverbandes wird ersucht, in geeigneter Form, und zwar wenn angängig, schon auf der nächsten Generalversammlung der hier angeschnittenen Frage näher zu treten.“

Hamburg. Allgemeine Mitgliederversammlung am 7. Februar bei Schwaß. Vor Eintritt in die Tagesordnung

machte der Vorsitzende den Tod des Kollegen Heinrich Boh bekannt; das Andenken des Verstorbenen wurde in der üblichen Weise geehrt. Die Abrechnung für das 4. Quartal ergab für die Hauptkasse: Einnahme M 7731,01, für die Lokalkasse M 2762,58, Ausgabe M 2188,98. Hieraus wurden Schulz, Weinheber, Junge, Deisinger, Hoffmann und Meißner als Delegirte zur Generalversammlung gewählt. Den Rechenschaftsbericht erstattete Schulz. Nach dem haben im Vorjahr 6 kombinierte Versammlungen, 2 öffentliche Werkstarbeiter- und 1 öffentliche Schlosserverammlung stattgefunden; ferner hat jede Filiale monatlich eine Mitgliederversammlung abgehalten. Sitzungen der Ortsverwaltung fanden 52 statt. Durch Agitation wurden im vorigen Jahre 1644 Mitglieder gewonnen, jedoch die Mitgliederzahl am Jahreschluß 9178 betrug. Die Einnahme für die Hauptkasse betrug im verfloßenen Jahre M 16,570,45, die Ausgabe M 14,634,70; Lokalkasse: Einnahme M 8238,95, Ausgabe M 7613,35; ferner wurden M 1250 für die streikenden Bäcker auf Sammellisten vereinbart. Beim Arbeitsnachweis waren 1437 Arbeitssuchende eingetragen; davon erhielten 309 Arbeit. An 681 durchreisende Kollegen wurde Reisegeld gezahlt in Höhe von M 997,72. Hieraus erstattete Schulz Bericht von der Konferenz in Neumünster und erklärte, daß auch im verfloßenen Jahr die Agitation in Schleswig-Holstein eine gute gewesen sei. Danach wurde noch ein Antrag angenommen, daß der Rechenschaftsbericht gedruckt vorgelegt werden soll.

Gilbersdorf b. Chemnitz. Die am 11. Februar hier abgehaltene öffentliche Metallarbeiterversammlung beschäftigte sich mit der Einführung der Arbeitslosenunterstützung im D. M. V. Kollege Krause-Chemnitz schilderte ausführlich die Gründe, welche die Einführung der Arbeitslosenunterstützung im Verbands zur Nothwendigkeit machen. In der Diskussion erklärten sich die Redner im Prinzip für dieselbe, hegten aber z. Th. Bedenken, ob sie zum Nutzen des Verbandes beitragen. Die Versammlung erklärte sich schließlich gegen 1 Stimme für die Einführung. Als Delegirter zur Leipziger Konferenz wurde Kollege Ernst Grünert gewählt.

Quedlinburg. In der 69. Wahl-Abtheilung wurde Kollege Trautwein als Delegirter gewählt. Derselbe ist Gegner der Arbeitslosenunterstützung.

Zutlingen. Bei der Aktiengesellschaft für chirurgische Instrumente vormals Zetter u. Scherer sind die Gemüther der Arbeiter in letzter Zeit in Bewegung gerathen. Ein fester Akkordsatz existirt bei der Firma nicht, die Arbeiter werden vielmehr „per Zettel“, auf welchen schon der Preis festgesetzt ist, vergeben. Nun werden seit Weihnachten etwa regelmäßig Zettelabzüge gemacht und zwar mit der Manier, daß nicht überall, d. h. in allen Sälen, sondern „planmäßig“ hier an einem Artikel abgezwickelt, dort an einem Stück abgerundet wurde. Diese Praxis hat in letzter Zeit derartige Dimensionen angenommen, daß die Abzüge 5, 10 bis 50 Prozent erreichten. Dies brachte natürlich die sonst sehr faulen Arbeiter derartig in Harnisch, daß sie plötzlich ein Organisationsgefühl bekamen und zwar auch für Lokalorganisation. Die hiesige Ortsverwaltung sah sich deshalb veranlaßt, die Initiative zu ergreifen, sie berief auf den 28. Januar eine öffentliche Metallarbeiterversammlung ein, die massenhaft besucht war. Der Referent, Kollege Schlichte-Stuttgart zerpflückte das Geschäftsgeheiß dieser Firma, wobei er aber auch mit den Arbeitern selbst in's Gericht ging, betonend, daß sie gewissermaßen selbst die Schuld tragen, wenn durch ihren Kastengeist und Stumpfzinn derartige Zustände zu verzeichnen seien. Neben den horrenden Abzügen läßt aber die Behandlung der Arbeiter seitens der Werkführer und Untergänger sehr viel zu wünschen übrig. Alte Arbeiter werden mit der Thierwelt entlehnten Titeln „beehrt“. Auch gehen die Werkführer manchmal ganz selbstständig in rigoroser Weise vor. Ein Arbeiter, der sich mit dem Werkführer überworfen, wurde gefündigt. Auf die Reklamation beim Direktor wurde bemerkt, daß er (der Direktor) gar nichts davon wisse, der Arbeiter solle nur weiter arbeiten. Der frühere Ingenieur wollte „seine“ Arbeiter so weit bringen, daß sie ihm aus den Händen f. . . . ; der Herr ist aber aus bis jetzt der Dessenlichkeit weniger bekannten Gründen plötzlich „gegangen“ worden. Sein würdiger Nachfolger meinte zu den Abzügen: 24 M für einen ledigen und 80 M für verheirathete Arbeiter pro 14 Tage sei genügend. Die Firma hat in nächster Nähe des Bahnhofes ein Etablissement großen Stils erbaut, in der Nähe desselben ein Direktor eine Villa. Das Geschäft ist noch sehr jung und wir können uns der Zeiten noch erinnern, wo Herr Zetter seinen Waschsalz selbst getreten hat; beim 70er Krieg jedoch wurde J. die Arme-lieferung der Instrumente übertragen, welcher Umstand das Geschäft zu dieser Blüthe brachte. Wo haben denn die Arbeiter, welche schon 20 Jahre im Geschäft thätig sind, ihre Willen? — Kollege Schlichte machte die Anwesenden darauf aufmerksam, das Verjaunte nachzuholen und sich dem D. M. V. anzuschließen. Aber nicht nur diese Firma bietet Anlaß zu Klagen, sondern auch der Nachfolger von Adam Storz, Herr Schweikhard. Demselben könnte „Knigge's Umgang mit Menschen“ zum Studium empfohlen werden. — Die am 11. Februar stattgefundene Mitgliederversammlung war sehr gut besucht; die Ufnahmen, welche einschließlich der in der öffentlichen Versammlung gemacht wurden, haben das erste Hundert überschritten und täglich sind Neuaufnahmen zu verzeichnen. Wir richten die Bitte an die Mitglieder, unablässig für den Verband zu arbeiten, die Versammlungen, in welchen jedes Mal ein Vortrag stattfindet, fleißig zu besuchen, Wünsche und Beschwerden an die bekannten Personen auszufolgen.

Zinnigeker. Wie ich aus mehreren Zeitungen ersehen habe, sucht Herr Fr. Reibbrand jr. Zinnigekergehilfen. Herr Reibbrand hat mich i. Bt. auf Akkord einstellen wollen, nach Preisen, wie sie angeblich bei der Firma Kleinlein & Cie. in Leipzig bezahlt werden. Herr Reibbrand möchte billige Arbeit geliefert haben bei einer Einrichtung, die jeder Beschreibung spottet. Es sind hier 2 Werkstellen, die eine Bude hat 2 Fenster, die andere gar keine, in Folge dessen ist der Arbeiter, den das Schicksal trifft, dort sein Domizil aufzuschlagen, gezwungen, den ganzen Tag bei dem Lichte einer Küchenlampe zu arbeiten. Des Größenverhältniß ist ungehörig: 5 Meter lang, 2 Meter breit und nicht ganz 2 Meter hoch. Die Ofenröhre geht durch die ganze Bude und verbreitet so eine „angenehme“ (?) Temperatur, da jegliche Ventilation fehlt. Hier ist es Praxis, daß aus einem Stffel

Alles gegossen wird: Deckel, Becher, Charniere z. Wird nun gegossen, Deckel ober dergl., so zieht der Aufgießer aus und in die andere Bude, wo er gleich den Bergleuten das Tageslicht missen muß. Reibbrand zahlt für Facondeckel oben und unten aufgießen à Dgd. 40 M, Bagardeckel à Dgd. 80 M, Bierdeckel à Dgd. 20 M. Für Versäubern die Reibe wie vorstehend à Dgd. 40, 30, 18 M; für 4theilige Facondeckel gleiten per Stück 3 M, 2theilige Deckel à Dgd. 18 M. Selbstverständlich lehnten wir die Hungerpreise ab und arbeiteten lieber in Wochenlohn. Vorigen Herbst mußte Kollege B. zum Militär einrücken; der „Werkmeister“ Bernigau bezichtigte den Kollegen des Diebstahls von Drehwerkzeug, worauf Reibbrand äußerte, B. in der Kaserne verhaften zu lassen. Als der Kollege zu Weihnachten hier war, stellte er Reibbrand und Bernigau zur Rede und erklärte Beiden, sie verflagen zu wollen. Daraufhin frochen beide „Herren“ in's Maulloch, und die angeblich gestohlenen Werkzeuge fehlten überhaupt nicht, vielmehr gab Reibbrand dem Kollegen 2 M und ein Packet Zigarren, damit die Sache ruhen solle. Auch mir und dem Kollegen J. paßte es jetzt, beschuldigt zu werden, Reiter zu Militärbedeln gestohlen zu haben. Im Beschuldigen ist der Herr Werkmeister groß. Sogar die Arbeitsburden wurden von ihm zu Spionendiensten abgerichtet. Zur Charakteristik dieses Herrn werde ich später noch Weiteres mittheilen.

Feilenhauer. In die Ortsverwaltung der Sektion der Feilenhauer wurden folgende Kollegen gewählt: als Bevollmächtigter Gustav Finkhäuser, Rathelstr. 143, 11, als Kassier Johann Farber, Rathelstr. 159, 11, als Revisoren: Theodor Verch, Eduard Zellermann und Joh. Marung. — Da der Arbeitsnachweis Düsseldorf's fortwährend umgangen wird, so wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß das Umschauen in Neuß, München-Gladbach und Rheindt streng verboten ist. Der Arbeitsnachweis der Feilenhauer befindet sich Düsseldorf-Bill, Benzenberg 1.

Stettin. Wegen ausgebrochener Differenzen ist Zuzug von Feilenhauern nach Stettin fernzuhalten. Bericht folgt.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (G. S. 29, Hamburg).

Abrechnung der Hauptkasse pro Januar 1899.
Einnahme. Kassenbestand vom Dezember 1,028,727,95
Marl. Von M.-Chemnitz 100 M. Altona 50. Altonburg 100. Amberg 200. Ansbach 200. Auerbach 10. Auerbach 10. Beed 100. Berlin V 300. Bielefeld 250. Blankenloch 80. Böhlingen 20. Brackvede 100. Braunschweig 400. Bruchsal 150. Büdeltsdorf 100. Bürgel 100. Bülach-Beiertheim 150. Burg b. Magdeburg 50. Comweiler 45. Goswig 75. Dalldorf 64. Delstern 200. Dessau 200. Diesdorf 52. Dinkelsbühl 82,15. Dorp 100. Durlach 100. Eberswalde 70. Eisenburg 100. Elpe 100. Eisenach 100. Eisingen 35. Erbe 30. Eppenhäuser 80. Esfurt 100. Eßlingen 100. Frankfurt a. M. 100. Friedberg i. Pfalz 34,05. Friedrichsdorf 50. Fulda 50. Fürstenwalde 100. Gaggenau 200. Gassen-Sommerfeld 100. Georgensgmünd 40. Glätz 60. Gleiwitz 90. Glösa 100. Göttingen 150. Griesheim b. D. 32. Gütten 80. Hagener 50. Halle a. d. S. 200. Halden 50. Hamburg-St. Georg 100. Harleshausen 100. Halpe 150. Hattlingen 100. Hebernheim 100. Hof 25. Kappel 200. Karlsruhe 300. Kettwig 39,05. Kirchheim u. T. 50. Kleefeld 50. Königsherg 200. Körtzingdorf 200. Kokenau 50. Kottheim 100. Kulmbach 50. Landberg a. b. W. 120. Lahr i. B. 10,27. Laubegast 100. Leipzig-Dt 400. Limmer 100. Lippstadt 45. List 100. Löttau 200. Mainbernheim 60. Marburg 50. Meibersch 100. Memel 27,40. Mägeln 70. Mülheim a. Rh. 150. München 800. Naußlitz 180. Neheim 150. Neinstedt 80. Neu-Hessenburg 50. Niederhörnweide 100. Nürnberg 400. Oberpeitzernitz 80. Oberstein 54,85. Ochshausen 50. Offenburg 100. Ottersen 108,35. Peine 50. Pforzheim 200. Pirna 57. Potsdam 100. Rabenau 100. Raffatt 80. Recklinghausen 60. Reichenbach 40. Reichenbach 100. Riedlingen 171. Riehl 80. Roth a. S. 100. Schwanndbruch 120. Schönebeck 50. Schramberg 50. Schwabach 100. Schweinfurt 100. Schwerin 50. Sieghütte 100. Spandau 200. Stollberg i. S. 83,50. Thal a. S. 200. Torgelow 40. Ufermünde 15,70. Untertachen 12. Wüst 100. Wöhring 150. Wadgassen 50. Wald (Rheinland) 50. Weingarten b. R. 25. Weihenbach 60. Weisenfels 40. Wendelstein 50. Werdohl 100. Westbergen 50. Weßlingen 77,35. Worms 60. Zeulenroda 200. Zittau 60. Beitragsgeld 9 Mitglieder 3. Beiträge 691,20. Von Berufsgenossenschaften 345,04. Deponirt gewesen beim Bericht 175. Durch Zwangsversteigerung i. S. R. Burg-Low, Fürstentum 28,20. Zinsen 8387,88. Sonstige Einnahmen 24,14. Summa: 1,053,282,08 M.
Ausgabe. Nach Nachen 100 M. Aalen 80. Althaus 60. Altdorf I 200. Altdorf 100. Aue 150. Bamberg 100. Bayenthal 100. Bayreuth 50. Bergen i. B. 100. Berlin I 200. Berlin VI 1000. Berlin VII 300. Berlin IX 300. Birlinghoven 100. Böhle 60. Blankenloch 50. Brandenburg a. d. S. 100. Breslau 900. Brück 100. Buchholz 120. Bunsau 60. Cöln-N. 300. Cöthen 50. Cörne 100. Derendorf 450. Deutz 150. Dinkelsbühl 50. Doeberln 100. Döpreu 80. Dortmund 200. Duisburg 200. Düsseldorf 100. Eningen 100. Entheim 100. Eueroth 50. Frankfurt a. O. 100. Freising 70. Friedrichshagen 110. Friedrichstadt-Magdeburg 320. Fürth 500. Gelsenkirchen 100. Gersheim 150. Gmünd-Schwab. 150. Gorbitz 100. Gröningen 100. Grünwettersbad 50. Gummersbach 150. Haltern 100. Hamm a. d. L. 400. Hannover 400. Hattersheim 70. Hemelingen 50. Hilbesheim 75. Hörde 100. Humboldt-Colonie 350. Herlsh 100. Kall 200. Kendenich 80. Lambrecht 50. Lierenfeld 100. Lollar 100. Mainachaff 100. Mainz 120. Mannheim-Schwes. Vorst. 200. Mannheim-Waldhof 80. Memmingen 100. Meiden 100. Metz 80. Mörich 6. R. 50. Mülheim a. d. Ruhr 350. Müden i. S. 30. Neheim 150. Neustadt-Magdeburg 100. Niederrodleben 80. Nieder-Zugelheim 50. Niederrad 200. Oberbill 400. Oberrad 200. Oehringen 160. Offenbach a. M. 400. Ostersheim 50. Ogersheim 50. Randersacker 100. Rath 200. Ratibor 160. Reindendorf 150. Rheindt 150. Rintheim 200. Ritzdorf 300. Rösrath 200. Roßdorf 100. Rüdersdorf 56. Schalle 200. Schiffbed 40. Schladen

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen.

Altona. Montag, 6. März, Abends halb 9 Uhr, bei Christianen, Blumenstr. 41.

Aischaffenburg. Samstag, 11. März, Abends halb 9 Uhr, im „Bayerischen Hof“. Unser diesjähriges Stiftungsfest. — Die Mitgliedsbücher sind zur Kontrolle mitzubringen.

Augsburg. Samstag, 11. März, Abends 8 Uhr, im „Blauen Boot“.

Bodum. Sonntag, 5. März, Nachmittags 3 Uhr, bei Förster, Wolkensplatz 12. Neuwahl der Ortsverwaltung.

Cannstatt. (Allgem.) Samstag, 4. März, Abends 8 Uhr, im „Ruffischen Hof“ (mittlerer Saal). Bericht von der Verbandskonferenz. Bericht vom Gewerkschaftsstarke. Verhandlung der zur Generalversammlung gestellten Anträge. — Mitglieder, die ihre Zeitung nicht regelmäßig erhalten, werden ersucht, sich beim Bevollmächtigten zu melden.

Cannstatt. (Sektion der Formner.) Samstag, 4. März, Abends 8 Uhr, im Lokal. Besprechung der Mißstände in den hiesigen Gießereien und wie diese zu beseitigen? Stellungnahme zum Beschluß der Braunschweiger Kommission.

Darmstadt. Unsere Versammlungen finden jeden 1. und 3. Samstag im Monat in der Centralherberge („Gold. Pfau“) große Döfengasse 15, statt.

Duisburg. (Allg.) Sonnabend, 11. März, in den „Drei Kronen“.

Duisburg. (Sekt. der Feilenhauer.) Samstag, 11. März.

Düsseldorf. (Allg.) Samstag, 4. März, Abends halb 9 Uhr, bei Herrn Breder, Leopoldstr. 34. Vortrag des Herrn Dr. med. Wegberg über: Die Grundzüge der Heilungselekttrizität (mit Experimenten).

Frankfurt a. M. (Allg.) Samstag, 4. März, Abends halb 9 Uhr, im „Erlanger Hof“. Wahl eines Ausschussesmitglied. Bericht der Gewerbegerichtsbeisitzer. Bericht der Agitationskommission.

Gießen. Sonntag, 5. März, Nachmittags 2 Uhr, im „Schützenhaus“.

Hamburg. (Sekt. der Klempner u.) Dienstag, 7. März, Abends halb 9 Uhr, bei Hilmer, Wandsb. Markt 35.

Hamburg-St. Georg. Dienstag, 7. März, Abds. halb 9 Uhr, bei Hommel, Nagelsweg.

Hannover. (Sektion der Schmiede.) Sonnabend, den 11. März, bei Friese. Vortrag.

Hildburghausen. Sonntag, 12. März, Nachmittags 3 Uhr, bei Georg Küpper, Knappengasse 159.

Karlsruhe. (Samm. Sektionen.) Samstag, 4. März, Abends halb 9 Uhr, bei Kainbach, Kaiserstr. 13. Bericht über die Tätigkeit der Gewerbegerichtsbeisitzer. Besprechung der Anträge zur Generalversammlung.

Karlsruhe. (Sektion der Bauhülser.) Samstag, 11. März, in der „Fortuna“. Vortrag über: Ist Trunksucht und Verbrechen eine Krankheit?

Karlsruhe. (Sektion der Blechler und Installateure.) Samstag, 4. März, fällt unsere Versammlung aus. Dafür kombinierte Versammlung bei Kainbach.

Karlsruhe. (Sekt. der Schmiede.) Samstag, 4. März, bei Kainbach, Kaiserstraße. Unsere Sektionsversammlung fällt aus.

Kiel. (Beide Sektionen.) Dienstag, 7. März, Diskussion über die Anträge zur Generalversammlung. Der Streit der Formner auf den Honsaldbäumen.

Leipzig. Sonnabend, 4. März, Abends halb 9 Uhr, im Verkehrslokal bei Sonnemann, Göttingerstr. 60.

Ludwigsburg. Samstag, 4. März, Abds. halb 9 Uhr, im „Schwanen“.

München. (Schloffer und Maschinenbauer I. d. F.) Samstag, 4. März, Abends 8 Uhr, in den „7 Schwaben“. Vortrag.

Münster i. N. Samstag, 11. März, Abends 9 Uhr, im „Germania-Theater“ (H. Weppelmann), Warendorferstraße 31. — Von da ab alle 14 Tage Samstags im selben Lokal. — Die Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Neu-Herford. Sonntag, 12. März, Nachm. 4 Uhr, in der „Wirtschaft zur Waldbahn“. — Jeden Sonntag von 10—11 Uhr gibt Kollege H. Euler die Bibliothekführer aus und nimmt entgegen.

Offenburg. Samstag, 11. März, Abends 8 Uhr, im „Schönen“.

Pforzheim. Samstag, 4. März, Abds. halb 9 Uhr, im „Gold. Löwe“. Vortrag: Seelenheil.

Pirna. Sonnabend, 11. März, Abends halb 9 Uhr, im „Carlsbad“. Die Mißstände in unseren Fabriken.

Rathenow. (Branchenversammlungen.) Glas-schleifer: Am 11. März, Abends halb 9 Uhr, bei Reiffeld, Jägerstraße. Einjehleifer: Am 18. März, Abends halb 9 Uhr, bei Reiffeld, Jägerstraße. Eisenarbeiter: Am 25. März, Abends halb 9 Uhr, bei Reiffeld, Jägerstraße.

Reimscheid. (Allg.) Samstag, 11. März, Abends halb 9 Uhr, bei Schuppenschl. Vortrag des Genossen Benz: Wer treibt Terrorismus? — Die Mitglieder werden aufgefordert, ihre Adresse abzugeben wegen Zeitungszustellung.

Reutlingen. Samstag, 4. März, Abends 8 Uhr, bei Bappe zur „Germania“.

Reutlingen. Sonnabend, 11. März, in der „Barnowhalle“.

Solingen. Samstag, 11. März, Abends halb 9 Uhr, bei Witwe Melchior, Südwall. — Die Mitglieder bei der Firma Weyerberg, Kirchsbaum u. Co. werden besonders ersucht, zu erscheinen.

Strasbourg. Samstag, 11. März, Abends halb 9 Uhr, bei Vogel, Weichselstr. 1. Vortrag: Sozialreform und Gewerkschaftsbewegung. Referent: Kollege Geiser.

Stuttgart. (Allgem.) Samstag, 4. März, im Gewerkschaftshaus.

Stuttgart. (Sektion der Feinmechaniker u.) Samstag, 11. März, Abends 8 Uhr, im Lokal Lindenstr. 27. Vortrag von Kollege Hermann.

Tübingen. Jedes Mitglied hat laut Beschluß unserer Mitgliederversammlung jeden Monat 5 J an die Lokalkasse zu bezahlen.

Breslau. Die Mitglieder des deutschen Metallarbeiter-Verbandes werden aufgefordert, in allen Werkstätten, wo zehn und mehr Metallarbeiter beschäftigt sind, einen Vertrauensmann zu wählen und dessen Adresse an mich gelangen zu lassen.

Max Nordhake, Bevollmächtigter, Mariannenstr. 18.

Erfurt. (Allgem.) Adresse des Bevollmächtigten: Paul Hornung, Dreher, Neuerbe 27 11; des Kassiers: Karl Busch, Schmieb, Gierergasse 9, II. Bei letzterem wird auch das Reisegeld Mittags von 12—1 Uhr, Abends von 7—8 Uhr und Sonntags von 12—1 Uhr ausgezahlt.

Hannover. (Sektion der Klempner.) Der Klempner Herrm. Bargbahn, geb. zu Hamburg am 10. Februar 1880, wird hiemit zur Erfüllung seiner Verpflichtungen gegen die hiesige Sektion der Klempner aufgefordert. Derselbe war Bezirkskassier und ist mit 6,80 M flüchtig.

Müglitz. Bevollmächtigter ist jetzt: Oskar Zellbaum, Bahnhofstraße 82 g.

München. (Sektion der Schloffer I. d. F.) Sonntag, 5. März, Ausflug nach Thallkirchen. Treffpunkt dortselbst im „Wilden Jäger“. Münchenertrage. Treffpunkt der Metallarbeiter Neuhäuser bei Herrn Böhle, Mailingergarten, Mailingerstr. 21. — Aufnahmen und Einzahlung jeden 1. und 3. Samstag im Monat im „Orpheum“. Arbeitsnachweis ebendasselbst.

Neustadt a. d.ardt. Der Reffelschmied Paul Fechtner, geb. am 14. März 1874 zu Freistadt, Buchstr. 109,067, eingetr. am 25. April in Rothheim, wird ersucht, das Mitgliedsbuch des Kollegen Paul Seeburg, das er mitgenommen, sofort an den Kassier Bernhard Krug, Blauerstr. 22, einzuliefern.

Selsnick i. P. Die Mitglieder des D. M. B. Karl Dahm und Albert Federspiel werden ersucht, wegen wichtiger Mitteilung sofort ihre Adresse an Max Schramm, Lagerhalter, Selsnick i. Pgl., zu senden.

Pirna. Bevollmächtigter: Aug. Wahn, Schloffer, 9. II. Gewerkschaftsherberge: „Gasthaus zum Anker“, Steinplatz. Reisegeld wird daselbst zu jeder Tageszeit ausgezahlt.

Reimscheid. (Allgem.) Der neue Bevollmächtigte Carl Pohbach wohnt Schützenstr. 32. Reisegeldauszahlung zu jeder Tageszeit bei Gehr. Bürgerstr. 34a.

Reiz. Der Dreher Friedrich Wöhler, H. N. 327,494, geb. am 18. März 1876 zu Klein-Wanzleben, eingetr. am 20. November 1897 in Weissenfeld, wird hiemit aufgefordert, seine Verpflichtungen gegen die Verwaltungsstelle Reiz nachzukommen.

Ruffenhäuser. Der Dreher Wilhelm Kienl, geb. zu Venkenbuch, zuletzt in Wählerhäusern bei Kassel, wird gebeten, seine Adresse an die hiesige Ortsverwaltung gelangen zu lassen.

Freie Versammlungen.

Höveln i. S. (Metallarbeiter-Verein.) Sonnabend, 11. März, in der „Muldenterrasse“.

Öffentliche Versammlungen.

Duisburg. Sonntag, 12. März, öffentliche Metallarbeiterversammlung. Was nützt es den Eltern, die ihren Kindern ein Handwerk lernen lassen?

Erfurt. Sonnabend, 4. März, Abends halb 9 Uhr, öffentliche Metallarbeiterversammlung im Gasthof zum „Gothardt“. Die Reorganisation des Gewerkschafts-lartells. Referent: Fahrenkamm.

München i. Westf. Sonnabend, 11. März, öffentliche Metallarbeiterversammlung im Lokal des Wirtsh. W. Thiele, Ritterstraße. Vortrag des Genossen Bunte-Bielefeld über: Ausbau unserer Organisation und Arbeitslosenunterstützung. — Im gleichen Lokal alle 14 Tage Versammlung.

Privat-Anzeigen.

Tüchtige Eisenhobler werden unter günstigen Bedingungen bei dauernder angenehmer Stelle gesucht von der Maschinenfabrik Adolf Ammann, Mammern. 135

Zukunft! Der Schlosser Karl Silet, geb. am 17. Februar 1872 in Hambach (Pfalz) wird gebeten, seine Adressen beifüg Familienangelegenheiten an seinen Bruder Ludwig Silet, Soldat, Adresse: „Büchleramt Würzburg“, einzuliefern. Kollegen, welche seinen Aufenthalt wissen, werden gebeten, ihn darauf aufmerksam zu machen; derselbe ist im Verband. 136

Ortsverwaltung Neustadt a. d. S.

Ich ersuche meinen Bruder Georg Frick, Formner, um Angabe seiner Adresse, oder die Kollegen, im Falle sie solche wissen. 139

Georg Frick, Formner, Reibensfeld b. Bambrrecht (Pfalz).

Tüchtiger Feilenhauermeister sucht dauernde angenehme Arbeit. 137

H. J. Sch., Buchhandlung Ammel, Straßburg i. E.

Diejenigen Verwaltungsstellen oder Mitglieder des D. M. B., welche die Adresse des Formners Heinrich Krüger, geb. am 30. April 1880 in Osna-brück, wissen, werden ersucht, dieselbe an den Bevollmächtigten E. Gläser in Osna-brück, Rangstr. 1, gelangen zu lassen. 139

80. Solingen 200. Sonnborn 150. Spöck 50. Strum 100. Uebigau 100. Uedermünde 50. Unterbach 100. Unter-Meiderich 100. Wählerhäusern 50. Wasserfängen 60. Weibach 100. Weimar 100. Wermelskirchen 180. Wersten 150. Wertheim 100. Westhofen-Enjen 100. Wilhelmstadt-Magdeburg 100. Wolfenbüttel 100. Würzburg 150. Zell 220. Zuffenhausen 60. Krankengeld an: F. Breit, Einbau i. Bobensee 9,20. J. Burger, Schwab.-Hall 13,80. G. Jörg, Holskirchen 15,40. W. Gronau, Neustadt a. Rhge. 24,05. F. Herschel, Röhlig 28. E. Junggebürt, Horren 82,80. E. Kaiser, Neuhäuser a. Rennweg 40,70. H. Kellert, Ueber-bach 14. E. Krüger, Regenwalde 43,40. E. Kunst, Häßling-hausen 32,20. W. Kude, Wobitscheide 20,70. G. Matheit, Danzig 29,90. W. Kinge, Rutter a. Rhge. 53,65. U. Kof-falsch, Döhlhausen 27,60. H. Kose, Uuna 48,10. J. Kust-mann, Barnstorf 7,40. D. Schoppe, Wülbig 7. H. Seibel, Niederlaasphe 14. G. Thomas, Rohnwein 4,20. L. Wagerer, Sänen 57,35. U. Wolf, Döhlhausen 48,30. Gehälter an die Beamten der Hauptverwaltung 1279. Vorsitzender der Re-visionskommission 85. Gerichts- und Anwaltskosten 138,50. Drucksachen 910. Stempel 59,75. Porto, Schreibmaterial u. s. w. 442,46. Summa: 21,202,46 M.

Bilance.

Einnahme	1,053,282,08 M
Ausgabe	21,202,46 "
Kassenbestand	1,032,079,62 M

E. Gutenuth, Hauptkassier.

Prüfung.

In der Abrechnung des Vertrauensmannes für Bran-denburg und Pommern in Nr. 7 ist ein Druckfehler ent-halten. Unter „Ausgaben“ muß es heißen: Porto und Schreibmaterial per Oktober M 17,72, „ Novbr. „ 28,27, „ Dezbr. „ 16,55 62,54.

Briefkasten.

Brandenburg. Warnungen wegen privater Hand-lungen, wie Schuldenmachen u., nehmen wir nicht auf.

Rundschau.

Ueber die Arbeitsverhältnisse in Mannheim im Jahre 1898 berichtet die dortige Handelskammer in ihrem Jahresberichte: „Die Arbeiterverhältnisse haben sich nach den vorliegenden Berichten im Allgemeinen nicht un-günstig verändert. Lohnherabsetzungen sind auch dieses Jahr, wie es scheint, überhaupt nicht vorgekommen, Verminderung der Arbeiterzahl nur in zwei Fällen, wo man sich beim Kollisionsabenden mit Krabben einrichtete. Demgegenüber stehen sehr erhebliche Mehrumstellungen von Arbeitern in einer größeren Zahl von Industrien und die ausgesprochene fast allgemeine, wenn auch nicht sprunghafte Steigerung der Arbeitslöhne. Vertragsbruch ist auch 1898 nur ver-einzelt, z. B. in der Bierbrauerei, vorgekommen: im All-gemeinen wurde das Einvernehmen zwischen Ar-beitgeber und Arbeitnehmer nicht ernstlich ge-führt.“ — Da besteht gewiß kein Bedürfnis nach dem Zucht-haus für ehrliche Arbeiter.

Die **rheinisch-westfälischen Werke** haben einen großen Theil einer Blechlieferung von 64.000 Tonnen zur Anlage von Wasserleitungen in Australien erhalten. Den größeren Theil liefert Amerika, während England wegen Ueberhäufung mit Arbeit nichts übernehmen konnte. Die Preise seien lohnend, d. h. für die Arbeiter.

Die **Beschäftigung verheirateter Frauen in Fabriken** und die zweckmäßige Art der Beschän-ung dieser Arbeit ist den Fabrik- und Gewerbeinspektoren als Spezialaufgabe für ihre nächstjährige Berichterstattung gestellt worden. Den Anlaß dazu gab eine am 22. Januar dieses Jahres vom Reichstage beschlossene Resolution, worin der Reichstagsler ersucht wird, in den nächsten Jahresberichten der Gewerbeinspektoren eine eingehendere Berichterstattung zu veranlassen. 1890 waren 130.079 Frauen in Fabriken beschäftigt, 1895 nach der Gewerbestatistik 160.493; 1875 wurden 81.233 gezählt. In 20 Jahren ist demnach eine Verdoppelung eingetreten. Nach dreijähriger Prosperität sind es heute vielleicht 200.000. Die Zahl weiß man unge-fähr und auch die Mittel zur Einschränkung der Lohnarbeit verheirateter Frauen sind unklar zu ersehen. Sie be- stehen in einem auskömmlichen Arbeitslohn der Männer und in dem völlig freien Koalitionsrecht, um einen solchen zu erkämpfen.

470 Werkstättenarbeiter der Gotthardbahn in Bellinzona (Lejta, Schweiz) haben eine Metallarbeiter-gewerkschaft gegründet, desgleichen 150 von den 600 Arbeitern der Eisen- und Stahlwerke Mühlenthal bei Schaff-hausen.

Der **Neunhunderttag in Oesterreich.** In der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ lesen wir: In der Maschinen- und Injektorenfabrik des Herrn Alexander Friedmann, II. Labor Nr. 5, wurde seit Beginn Dezember des vorigen Jahres die neunhündigste Arbeitszeit ohne Kürzung des Lohnes versuchsweise eingeführt. Die durch die verkürzte Arbeits-zeit bewirkte erhöhte Arbeitsenergie hatte zur Folge, daß in kurzer Zeit das frühere Arbeitsquantum vollständig erreicht wurde. Hieraus wurde vom 1. Januar 1899 der Neunhün-derttag dauernd als tägliche Arbeitszeit eingeführt. Die sozialpolitische Einsicht des Herrn Friedmann wird durch die Erprobung eines Zeittheils der täglichen Betriebskosten belohnt.

Der **amerikanische Stahl- und Drahtring** umfaßt nunmehr alle größeren Werke. Der Sitz des Rings ist in Newport, das Gesellschaftskapital beträgt 90 Millionen Doll., oder 378 Millionen Mark. — Der Bleitruß umfaßt ca. 50 der größten Anlagen. Es soll ein Weltmarkt gegründet werden. — Der Kupfertrüß hat in der letzten Zeit den Preis pro 100 Lbr. von 24 auf 29 Dollars hinaufgetrieben und er wird noch höher gehiegt werden. Der berühmte Pariser Kupfertrüß trieb vor mehreren Jahren den Preis auf 160 M (= 38 Dollars).